Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 26. Mai 1921

Nummer 239 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Reichskanzler über Oberschlesien

Antwort an Briand

Berlin, 25. Mai.

Ein Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hat den heute in Freiburg i. Br. weilenden Reichskanzler um eine **Aeußerung zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teile der Rede des französischen Ministerpräsidenten** ersucht. Der Herr Reichskanzler erklärte etwa folgendes: „Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton abgestimmt ist. In der Sache aber geht Herr Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht, denn Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor sechshundert Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor neunhundert Jahren gewaltsam von Polen erobert worden, und zweihundert Jahre später, also vor siebenhundert Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des polnischen Großherzogs Wladislaus Laskonogi, also auf völlig friedlichem Wege von Polen getrennt. Wie die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die **Abstimmung zu ihren Gunsten** ausfallen würde, so fußten diese Gründe weder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit noch auf der jüngsten Vergangenheit, denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien **kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen** erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen **aus diesem Grunde** bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Rechnung getäuscht haben, und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Mehrzahl für Deutschland eingetreten sind, so kann nur der geringen Voraussicht der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf daraus gemacht werden. Im übrigen ist es selbstverständlich nicht zutreffend, wenn Herr Briand alle überhaupt von Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuzählt. Denn unter jenen befanden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben.

Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien; sie haben **nach dem Abstimmungsergebnis** keinen Anspruch auf Oberschlesien, denn die deutsche Mehrheit von fast ¾ Million Stimmen läßt sich nicht fortdisputieren; sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Aufstand die Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen gesucht haben; und sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die oberschlesische Industrie von den Deutschen geschaffen ist und weil nach dem Urteil der berufensten nichtdeutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiterzuentwickeln vermöchten.

In dem Wunsche finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen, daß **die Gerechtigkeit siegen muß.** Die deutsche Regierung, welche sich so außerordentliche Zurückhaltung in dieser Frage auferlegt und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die endgültige Regelung der oberschlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht."

Neue Erklärungen Briands

Fortsetzung der Kammerdebatte

Paris, 25. Mai.

Der heutige vierte Tag der Beratungen der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer begann mit einer Rede des Abg. **Noblemaire**, der an erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Es sei gut, wenn alle Welt wisse, daß Deutschland stets begriffe, wenn man laut und vernehmbar mit ihm spreche. Das müßten auch die Engländer verstehen. Aber vielleicht handle es sich hier nur um eine vorübergehende Lösung. Man müsse die verschiedenen Zwischenfälle in Betracht ziehen, die die Politik Deutschlands seit zwei Jahren charakterisierten, und immer bedenken, daß die oberschlesische Angelegenheit nur ein neuer Zwischenfall sei. Frankreich müsse bekanntgeben, daß es mit England Freundschaft halten wolle auf dem Fuße der Gleichheit. Der Redner sprach auch von der Politik Frankreichs in Rußland, und es kam zu einem Zwiegespräch mit dem Kommunisten Marcel **Cachin**, dem Noblemaire vorwirft, **er habe seinerzeit in Straßburg mit Tränen der Rührung erklärt,**

das sei der schönste Tag seines Lebens.

Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe das Proletariat von Elsaß-Lothringen nicht die gleiche Zuneigung für Frankreich gewahrt. Eine ganze Anzahl elsaß-lothringischer Abgeordneter, darunter Weckerlé, protestierten gegen diese Worte und sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die von Deutschland bezahlt werde, so vor allem der Abg. Frey.

Abg. **Noblemaire** fuhr fort und sprach von den Schwierigkeiten einer Besetzung des Ruhrgebietes. Er empfahl schließlich **eine Zusammenarbeit mit Deutschland** und meinte, die Zukunft gehöre Amerika. Es habe zwar den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet, aber es habe ein Wort mitzureden.

Der Abgeordnete **Penroux** erhebt sich und erklärt, er werde auf das Wort verzichten, wenn ihm der Ministerpräsident zwei Fragen beantworte: 1. Ob er dasselbe Vertrauen zu den deutschen Ministern Rosen und Rathenau (?) habe wie zum Reichskanzler Dr. Wirth. — 2. Ob es richtig sei, was in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht wurde, daß Dr. Stresemann erklärt habe, **man habe günstige Versicherungen hinsichtlich Oberschlesiens erhalten.**

Ministerpräsident **Briand** sagte, er glaube, daß in einer Debatte von so großer Bedeutung es besser wäre, nicht Zeitungsartikel zur Grundlage für die Argumente zu nehmen. Was die Aeußerungen Stresemanns betreffe, so erkläre er, daß man nach der Londoner Konferenz Deutschland die Beschlüsse der Konferenz übermittelt habe mit der Erklärung, es müsse ja oder nein sagen. Er habe gestern loyal zugegeben, daß Dr. Wirth öffentlich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. **Er müsse ferner sagen, daß alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend gewesen seien.** Es möge Alldeutsche geben, die Hintergedanken hätten, aber er wolle keinen Tendenzprozeß führen, sondern

er wolle nur Realitäten sehen.

Es sei Zeit, daß man aus den Formeln herauskomme und zu Tatsachen zurückkehre. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm, und ihre Entscheidungen seien getroffen; sie seien Deutschland übermittelt worden, die Sanktionen könnten angewendet werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebilligt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Wohl gebe es Hintergedanken in Deutschland, aber es seien keine Staatsmänner und alldeutschen Industrielle an der Macht, die sich den Verpflichtungen entziehen wollten. **Man habe die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, und wenn Deutschland sich morgen seinen Verpflichtungen entziehen wolle,**

dann werde Frankreich das Nötige ausführen.

(Beifall.) Er hoffe, daß nun endlich das Land Fühlung mit den Realitäten nehme. Das Land sei voll Vertrauen und Glauben. Man verlange nicht von ihm, daß es einem Optimismus auf Befehl dienstbar sei, aber man habe doch nötig, dem Lande gute Realitäten zu bringen. Man dürfe es nicht in Wolken hüllen. **Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen.**

Er habe aber auch nicht das Recht, ihre Aufgabe zu komplizieren, denn auch sie würden Schwierigkeiten mit der Reaktion haben. **Das deutsche Volk beginne die Augen zu öffnen, die Mehrheit des Reichstags habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht.** Sie habe gesagt, Deutschland wolle entwaffnen und zahlen. Man dürfe sie nicht entmutigen. Würde man das tun, so wäre das nicht nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Handlung. Vielleicht würde man auch in der Welt sagen, daß dieses Frankreich nicht das richtige sei. Man befinde sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annähme. Man besitze die nötige Kraft, um zu handeln; man halte sie in Reserve. Briand fragt, **ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es selbst seine Mäßigung anerkennt?** Es sei eine gute Politik, man müsse an ihr festhalten. Diese Erklärung des Ministerpräsidenten findet einmütigen Beifall.

Abgeordneter **Penroux** erklärt sich von ihr befriedigt. Es spricht alsdann Abgeordneter **Lacotte** von der äußersten Rechten, der sich gegen die englische Politik wendet, was eine Kritik des Kammerpräsidenten hervorruft. Auch Ministerpräsident Briand sagt, die Alliierten Frankreichs seien intelligent und klardenkend genug, um gewisse Aeußerungen gewisser Deputierter auf das rechte Maß zurückzuführen. Der Abgeordnete Lacotte führt jedoch fort, **England stark anzugreifen.** Er wird deshalb vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen, greift jedoch Lloyd George und den Präsidenten Wilson weiter an, so daß der Präsident droht, ihm das Wort entziehen zu wollen. Lacotte antwortet, er werde seine Pflicht bis zum äußersten tun; schließlich erklärt er, er und seine Kollegen würden der Regierung das Vertrauen verweigern.

Das Wort ergreift alsdann Abgeordneter **Joseph Barthelemy.** Er erklärt, man müsse das Ultimatum, das Deutschland angenommen habe, als ernstes Ereignis ansehen. Er finde es nicht recht, daß man sich der Reparationskommission bediene, um eine Scheidewand zwischen der Regierung und der parlamentarischen Verantwortlichkeit aufzurichten. — Ministerpräsident **Briand** erklärt, das sei nicht seine Gewohnheit, aber er habe ja der Kammer erklärt, daß, **wenn man zum Vertrage zurückkehre, das nicht nur Vorteile bringe,** enthalte doch der Vertrag einen Paragraphen, der der Reparationskommission das Recht gebe, einen Teil der deutschen Schuld zu stunden und Abänderungen an den Zahlungsbedingungen vorzunehmen. — Abgeordneter **Barthelemy** sagt, Ministerpräsident Briand habe die Kammer vor ein fait accompli gestellt. Briand widerspricht. Er sagt heute sei ja die Kammer souverän; sie könne ihre Verantwortlichkeit übernehmen. — Abgeordneter **Barthelemy** erkennt die Richtigkeit des Standpunktes des Ministerpräsidenten an, aber er wünscht Aufklärung, ob das Londoner Abkommen in der Zukunft Sanktionen vorsehe, im Falle Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle.

Auf die Anfrage des Abg. Barthelemy gibt Briand folgende **Erklärung** ab: **In London haben wir eine Erklärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte und die alle Verfehlungen des Schuldners feststellt.** Es war genau bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder Nein antworten müsse, und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen würde, würden die Alliierten alle ihre militärischen und maritimen Mittel bereitstellen, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt frage man, **was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle.** Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verfehlung handle, von der in der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja. Denn das sei eine Notwendigkeit des Vertrages. Wenn der Botschafterrat nicht zu einem Beschluß kommen könne, dann müsse der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn es sich um Tatsachen handle, die in der Erklärung verzeichnet seien, hinsichtlich deren Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeigte, dann müsse Frankreich wie die anderen Alliierten diese Verfehlung feststellen **und dann bestehe für jeden von ihnen das Recht, zur Ausführung der Sanktionen zu schreiten.**

Ein Abgeordneter ruft dazwischen: Das ist ein Recht, aber keine Pflicht. — **Briand** fährt fort: **Erschweren Sie mir meine Aufgabe nicht!** Wenn also die deutsche Verfehlung an der Erklärung von London festgestellt sei, dann würde die französische Regierung an die englische und belgische Regierung telegraphieren und ihren Willen zum Handeln aussprechen und sie ersuchen, das gleiche zu tun. Durch dieses Telegramm würden die Verbündeten in den Stand gesetzt, mit Frankreich zu handeln. — Von der rechten Seite wird gerufen: Und wenn sie nicht marschieren? — **Briand** fährt fort: Ich will nicht einmal annehmen, daß auch ein einziger von ihnen sich der vorgesehenen Sanktion entziehen will. Wenn wir gestern infolge einer Verfehlung Deutschlands eine Sanktion ins Auge hätten fassen müssen und die Städte Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg besetzten, hätten die englische und belgische Regierung loyal den Befehl erteilt, daß ihre Truppen sich den französischen anschlössen. **Er habe nicht das Recht, daran zu zweifeln, daß das morgen nicht ebenso sein werde.** (Beifall.) **Sie haben nicht das Recht, einen Beweis** systematischen Argwohns zu geben, und ich habe nicht das Recht, in Zweifel zu ziehen, daß unsere Alliierten, selbst wenn eine besondere Situation ihnen die vorgeschlagene Operation schwierig macht, an unserer Seite sein werden. Aber selbst wenn sie sich in einer Lage befinden würden, die ihnen nicht gestattet, das zu tun, **dann könne Frankreich aus eigenen Mitteln handeln, also allein vorgehen, ohne dadurch gegen seine Verbündeten zu handeln.** Das sei der große Unterschied zwischen der Politik der Regierung und einer anderen Politik, die verkündet worden sei.

Frankreichs Aufforderung an Polen

TU. Paris, 25. Mai.

Französische Nachrichtenstellen melden: Im gleichen Augenblick, als Frankreich eine diplomatische Aktion bei der deutschen Regierung unternahm, hat sie durch den französischen Botschafter in Warschau dringende Schritte bei der polnischen Regierung veranlaßt. Polen ist aufgefordert worden, dieselben Maßnahmen zu treffen wie diejenigen, die von Deutschland verlangt worden sind. In den letzten Tagen haben zwei polnische Ueberfälle in Oberschlesien stattgefunden, der eine bei Steckwitz, der andere bei Landsberg; das beweist, daß die polnische Grenze nicht geschlossen ist. Polen ist deshalb aufgefordert worden, Maßnahmen zu treffen, um die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern, die Grenze zu schließen und die Banden aufzulösen, deren Bildung die Verantwortlichkeit der polnischen Regierung in ernstester Weise bloßstelle.

Ein neuer Vorschlag der Interalliierten Kommission

DA. Paris, 25. Mai.

General Le Rond hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß im Schoße der Interalliierten Kommission gegenwärtig ein neuer Vorschlag in Ausarbeitung begriffen sei, der eine Kompromißlösung durch Ineinanderarbeiten der bisher vorhandenen drei Vorschläge anstrebe.

Ein Aufruf Korfantys

OE. Warschau, 25. Mai.

Korfanty und sein Exekutivkomitee haben einen Aufruf an die „eingeborenen deutschen Stadtbewohner Oberschlesiens" erlassen. Die deutschen Oberschlesier werden darin beschworen, **Handel und Gewerbe wieder in Gang zu bringen;** sie sollen ihrerseits von der Interalliierten Kommission verlangen, daß die Städte den Insurgenten übergeben werden (!). Dafür erklärt sich Korfanty bereit, in die Städte ausschließlich militärisch organisierte und uniformierte rein oberschlesische Polizeitruppen zu entsenden; es solle ein bestimmter Prozentsatz deutscher Oberschlesier in die Polizeitruppen aufgenommen werden, unter der Bedingung, daß sie gegen die polnische Bevölkerung und deren bewaffnete Kräfte und Behörden keine feindseligen Akte unternehmen. Der Aufruf schließt mit der Drohung, **daß bei Ablehnung dieses Angebots eine Annahme des Hungers in den Städten und die Plünderung der Bürgerviertel durch die Arbeiter die Folge sein werde, wenn die „Orgesch" eindringe,** werde die Zukunft Oberschlesiens ein Trümmerhaufen sein.

Auf Anregung der polnischen Regierung fand hier eine Konferenz mit dem deutschen Geschäftsträger von Dirksen über Oberschlesien statt.

Die Unzufriedenen

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat bei den Katastrophenpolitikern rechts und ganz „links" eine schlechte Presse. Die höflichen Worte der Anerkennung, die der französische Ministerpräsident Briand der vernünftigen Politik Dr. Wirths zollte, haben den Zorn sowohl der nationalistischen Säbelrassler, wie der kommunistischen Revolutionsphantasten erregt. Die gesamte reaktionäre Presse tobt und benutzt die Worte Briands, um Herrn Dr. Wirth einen Strick daraus zu drehen. Am schärfsten äußert sich die „Tägliche Rundschau", das Organ der sehnsüchtig nach den Regierungssesseln ausschauenden Deutschen Volkspartei:

„Wir müssen sagen," schreibt es, „daß die Bemerkung des französischen Ministerpräsidenten allerdings das tollste Stück bedeutet, was uns auf dem Abstiege von der Höhe deutscher Macht begegnet ist. Es kennzeichnet den Grad der Demütigung, die Deutschland durch die Revolution und durch seine nachrevolutionären Regierungen erfahren hat, und es kennzeichnet die Regierung, die wir in Deutschland besitzen. **Es genügt die Feststellung der Tatsache, daß die deutsche Regierung des Herrn Wirth bei Herrn Briand zur Zeit in gutem Ansehen steht. Das bedeutet, daß wir eine Regierung haben, welche so dienstfertig ist, daß sie sogar einen Hündedruck mit einem wohlwollenden Lächeln der französischen Regierung erhält. Tiefer geht es nicht!"**

Fast mit denselben Worten fällt das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne", über Herrn Wirth her. Er finde Gefallen nicht nur bei den Londoner, sondern auch bei den Pariser Raubherren. Nicht nur die englischen Zeitungen aller Schattierungen fänden ihn sympathisch, sondern auch Briand lobe ihn aufrichtig. Das Blatt zitiert dann die Worte Briands, daß Dr. Wirth, seitdem er an der Spitze der deutschen Regierung stehe, große Offenheit und eine durchaus loyale Haltung gezeigt habe. Er habe Verpflichtungen auf sich genommen und ohne Hinterhältigkeit und Verzug das Nötige getan, um sie zu Taten zu machen. Das kommunistische Blatt fährt dann fort:

„Die deutschen Arbeiter werden sich diese Worte Briands merken müssen. Sie werden daraus erkennen, was die Kommunisten stets sagten: Die Regierung Wirth ist mit Einschluß ihrer sozialdemokratischen Mitglieder **der beste und zuverlässigste, der eifrigste und skrupelloseste Büttel der Ententekapitalisten.** Sie ist ein so guter Gerichtsvollzieher gegen die deutschen Proletarier und weite Schichten der Kleinbürger, daß sie den stahlbehelmten Gerichtsvollzieher Foch einstweilen überflüssig macht."

Die Gleichartigkeit der Kritik bei den alldeutschen Nationalisten und den Kommunisten entspringt nicht nur dem gleichen Bedürfnis nach demagogischer Agitation, sowie dem gleichen Maß von Skrupellosigkeit und politischer Verantwortungslosigkeit, sie wurzelt auch in den gleichartigen Bestrebungen der einen wie der anderen, die deutsche Politik aus einer Katastrophe in die andere zu treiben. Für die alldeutschen Nationalisten gilt der Reichskanzler als Lakai des Herrn Briand, weil er mit der Tradition der von der wilhelminischen Periode übernommenen Politik der Hinterhältigkeit und des Betruges, der großen Worte und kleinen, feigen Taten gebrochen und den Versuch unternommen hat, die eingegangenen Verpflichtungen redlich zu erfüllen. Nichts weiter als dies bestätigen die Worte Briands, die gleichzeitig als Beweis dafür angesehen werden müssen, daß die Politik, die mit der Unterzeichnung eingeschlagen wurde, der lärmenden Agitation des französischen Nationalismus den Wind aus den Segeln genommen hat.

Für jeden, der die äußere Politik unter dem Gesichtspunkt der Gesamtinteressen des Volkes und der Entwirrung der konfliktgeschwängerten Atmosphäre betrachtet, müssen die geschilderten Vorgänge als ein Schritt zur Gesundung gelten. Die Nationalisten wollen aber diese Gesundung nicht. Sie haben die Zustimmung zu dem Ultimatum verweigert, weil sie systematisch auf den Zusammenbruch hinarbeiten, um auf den Trümmern erneut ihre unbeschränkte Herrschaft aufrichten zu können; sie setzen auch jetzt, trotz der ungeheuren Schwere der zu bewältigenden Probleme, ihre hetzerische, zerstörende Arbeit fort, um auf diesem Wege neue Konflikte heraufzubeschwören. Sie finden hierbei die eifrige Unterstützung der französischen Nationalisten, die ihrer besten Bundesgenossen und Helfershelfer beraubt wären, wenn nicht die deutschen reaktionären Parteien ihnen täglich Stoff für ihre scharfmacherischen Treibereien gegen Deutschland liefern würden.

Neben der Unterstützung der französischen Chauvinisten finden die Alldeutschen aber auch die kameradschaftliche Hilfe der deutschen Kommunisten, die gemeinsam mit ihnen auf die Katastrophe hinarbeiten. Aehnlich wie die Reaktionäre und die Kommunisten sich im bayrischen Landtage fanden, als gegen die Entwaffnung Front gemacht wurde; ähnlich wie die nationalistischen Zeitfreiwilligen und Studenten gemeinsam mit den Münchener Kommunisten im Februar Kundgebungen für den „revolutionären Krieg gegen die Entente" veranstalteten und sich gegenseitig gerührt in die Arme sanken, finden sich jetzt die Nationalisten und Kommunisten in der gemeinsamen Ablehnung des Ultimatums und in dem gemeinsamen Kampf gegen die ersten Ansätze einer ehrlichen, loyalen, äußeren Politik.

Das Organ der Deutschen Volkspartei bezichtigt den Reichskanzler Wirth der „Dienstfertigkeit" gegenüber Frankreich. Das Organ der kommunistischen Partei bezeichnet die Regierung Wirth als skrupellosen Büttel der Ententekapitalisten und als guten Gerichtsvollzieher, der den stahlbehelmten Gerichtsvollzieher Foch vorläufig überflüssig gemacht. Beide Organe hätten es wohl lieber gesehen, daß nicht Herr Wirth, sondern der Marschall Foch in Aktion getreten wäre. Dann hätte sich der saubere Plan der Stinnesgruppe verwirklichen lassen, mit Hilfe der Bajonette der Entente der Arbeiterschaft das Rückgrat zu brechen. Dann hätten auch die unfreiwilligen Agenten des Kapitals in den Reihen der kommunistischen Partei die Möglichkeit erlangt, noch einmal, nach allen bitteren Erfahrungen der letzten Jahre, den Nachweis zu erbringen, daß die Kommunisten mit ihrer weltpolitischen Phantasterei und ihrer innerpolitischen Putscherei die besten Wegbereiter der Konterrevolution sind.

Zentrum und Regierungsbildung

Genosse Ledebour schreibt uns:

Auf die Frage, die ich in dem Artikel vom 24. Mai an das Zentrum gerichtet habe, hat die „Germania" unter der Ueberschrift „Das Zentrum und das Ultimatum" eine Antwort gegeben. Es heißt da im Verlauf dieser längeren Ausführungen:

„Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit stellen wir fest, daß das Zentrum bei seiner Stellungnahme zum Ultimatum ganz ausschließlich geführt worden ist von rein sachlichen Erwägungen. **Das Zentrum ist nach tagelangen, eingehenden Beratungen zu dem festen Ergebnis gekommen, daß Deutschland in die Zwangslage versetzt sei, das Ultimatum zu unterschreiben, wenn es nicht den Zusammenbruch mit völliger Gewißheit erleben wollte.** Das Zentrum würde auch dann selbst dem Ultimatum seine Zustimmung gegeben haben, wenn keine der übrigen Parteien sich zu seiner Annahme hätte verstehen können. Denn da das Zentrum einmal die Notwendigkeit erkannt hatte, daß im Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes und im Interesse des wirtschaftlichen wie auch politischen Wiederaufbaues des Reiches und der Erhaltung seiner Einheit die Unterzeichnung des Ultimatums eine zwingende Notwendigkeit war, so traten alle anderen Erwägungen von vornherein in den Hintergrund. Dabei ist es etwas völlig anderes, was die Frage Ledebours im Kern enthält. Die erste Frage nämlich des neuen Kabinetts, auch wenn es ein rein sozialistisches gewesen wäre, hätte niemals die nach dem Vertrauen, der Mehrheit des Reichstages sein können, sondern zunächst einmal die, ob eine Reichstagsmehrheit das Ultimatum annehmen wolle oder nicht. Und diese Frage hätte das Zentrum, wie bereits hervorgehoben, unter allen Umständen bejaht. Die Frage aber, ob das rein sozialistische Kabinett das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages besitze, blieb zunächst davon ganz unberührt, und würde, wenn sie gestellt worden wäre, die Zustimmung des Zentrums voraussichtlich nicht bekommen haben."

Die „Germania" erhebt den Vorwurf gegen mich, daß ich zwei Fragen durcheinander geworfen hätte: die Frage der Unterzeichnung des Ultimatums und die der Regierungsbildung. Das Zentrumsorgan richtet seinen Vorwurf an die falsche Adresse. Nicht ich, sondern Wels hat diese beiden Fragen zusammengerollt, indem er in seinem Briefe schrieb:

„Dann wäre die Frage akut gewesen, ob das Zentrum bereit war, eine rein sozialistische Regierung, die das Ultimatum anzunehmen bereit war, durch die entscheidende Abstimmung im Parlament zu unterstützen. In einem bestimmten Stadium der Verhandlungen ist diese Frage auch den Unterhändlern des Zentrums vorgelegt, jedoch, wie zu erwarten war, ablehnend beantwortet worden."

Aus diesem Wortlaut mußte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß das Zentrum die von Wels als „entscheidende Abstimmung" bezeichnete Unterzeichnung des Ultimatums abgelehnt hätte, wenn ein reinsozialistisches Kabinett am Ruder gewesen wäre. Gerade da mir das unglaubhaft erschien, habe ich meine Frage an das Zentrum gerichtet. Die Erklärung der „Germania" stellt also nun im Gegensatz zu der Behauptung des Wels-Briefes dahin klar, daß das Zentrum unter allen Umständen für die Annahme des Ultimatums gestimmt haben würde. Das ist an sich erfreulich und entkräftet den aus jenem Briefe hervorgehenden und von mir nur hypothetisch ausgesprochenen Vorwurf, daß die Zentrumspartei in einer solchen Lebensfrage der Nation sich nur durch das Parteiinteresse hätte leiten lassen wollen.

Aber eine andere wichtige Tatsache geht aus der Zentrumsantwort hervor. Die Partei hätte sich danach geweigert, ein rein sozialistisches Ministerium auch weiterhin parlamentarisch zu unterstützen. Das bestätigt vollauf meine sofort bei Beginn der Verhandlungen kundgegebene Auffassung, daß ein rein sozialistisches Kabinett als Minderheitsregierung gezwungen wäre, sich im voraus das Recht der sofortigen Reichstagsauflösung zu sichern, falls die Reichstagsmehrheit versuchen sollte, durch ein Mißtrauensvotum oder sonst eine entscheidende Abstimmung das sozialistische Ministerium zu stürzen.

Für uns Unabhängige Sozialdemokraten ergibt sich aber aus diesem offenen Eingeständnis des Zentrums ganz klar, wie recht wir getan haben, uns nicht auf eine Koalition mit einer bürgerlichen Partei einzulassen, die dem Sozialismus in so unverhüllter Feindschaft gegenübertritt. Wollen die Rechtssozialisten sich auf die Stellung eines geduldeten Anhängsels in einem kapitalistisch-orientierten Ministerium einlassen, so zeigen sie damit nur, daß sie aufgehört haben, eine wahrhaft sozialistische Partei zu sein. Durch die Bevorzugung einer Minderheitsregierung mit dem Zentrum zusammen gegenüber einer Minderheitsregierung im Bunde mit uns haben sie bewiesen, daß sie sich dem Zentrum und wohl auch den Demokraten innerlich mehr wesensverwandt fühlen, als der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Mit Feststellung dieser Tatsache erübrigt sich jedes Wort der Erwiderung auf den abermaligen Versuch des „Vorwärts", uns Vorhaltungen deswegen zu machen, daß wir eine gemeinsame Regierung mit kapitalistischen Parteien ablehnen.

Der erste Kriegsverbrecherprozeß

Der Strafantrag des Oberreichsanwalts

Die Dienstag-Nachmittagverhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig brachten den **Schluß der Beweisaufnahme.** Sie ergab keine neuen Wesenszüge zu dem Bild, das die englischen Zeugen von dem Angeklagten entworfen hatten. Andere Zeugen bezeichneten den Angeklagten dagegen als einen äußerst tüchtigen und zuverlässigen Unteroffizier. Als echter Sachwalter des Systems der Gefangenenmißhandlung fungierte der General von Fransecki, der als Sachverständiger geladen war. Er ging in seiner Verteidigung der Handlungen des Angeklagten, in Nachweis der Berechtigung derselben, so weit daß ihn der Vorsitzende daran erinnern mußte, **daß er sich mit seinen Ausführungen nicht mehr in dem Rahmen eines Gutachtens halte.** Er bezeichnet die Ablehnung der englischen Gefangenen, in den Bergwerken zu arbeiten, als Meuterei. Der Vorgesetzte mußte den Gehorsam erzwingen, unter Umständen auch dadurch,

daß er in die Gefangenen hineinschießen ließ.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte berechtigt gewesen sei, einen Gefangenen, der sich krank meldete und bei dem er eine erhöhte Temperatur nicht feststellen konnte, zu schlagen, antwortete General von Fransecki, über das Mittel könne man streiten. Diese Gemütsroheit des Herrn Generals ging selbst dem Vorsitzenden zu weit, der dem General die Frage entgegenwarf, **er wolle das doch nicht etwa gutheißen.** Es sei doch die magna charta unseres Militärwesens gewesen, daß nicht geschlagen werden dürfte.

Nach der Vernehmung des Sachverständigen wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklage, Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer, ergriff danach das Wort zu seinem Plädoyer. Auch er betonte, daß in diesem Saale alle politischen Erwägungen vollkommen auszuschalten seien und daß alle politischen Rückblicke, Seiten- oder Ausblicke unterbleiben müßten. Es sei nur zu prüfen, ob das geltende deutsche Strafgesetz verletzt worden sei. Zur Frage: **„Wieweit war der Angeklagte berechtigt zu Mißhandlungen und zum Gebrauch der Waffe?"** entschied der Oberreichsanwalt, **daß auch im Falle der Meuterei der Angeklagte kein Recht hatte, so vorzugehen, wie er es getan hat.** Bei allem, was zugunsten des Angeklagten spreche, müsse zugegeben werden, daß seine Handlungsweise nicht zu billigen war. Er hätte nur alle zulässigen Mittel innerhalb der gesetzlichen Grenzen anwenden dürfen. **Die Anwendung des Gewehrkolbens, des Besens, der Fäuste erweisen sich als strafbar.** Die Fesselung eines Gefangenen und die Anwendung von Schimpfworten habe das nationale Empfinden dieses Gefangenen verletzt. Im ganzen seien 28 Fälle von Mißhandlungen, ferner drei Fälle von Beleidigung und in einem Falle das Werfen mit Steinen als strafbar anzusehen. Zugunsten des Angeklagten spräche, daß er als tüchtig, zuverlässig und brauchbar bezeichnet werde, ein fürsorglicher Familienvater sei und diensteifrig und strenger gegen sich selbst als gegen andere gewesen sei. Der Oberreichsanwalt beantragte dementsprechend

eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Nach der Rede des Oberreichsanwalts folgen die Plädoyers der Verteidiger.

Treudeutsche Ehrenhaftigkeit

Die deutschnationalen Methoden der Verdächtigung und Herunterreißung republikanischer Politiker und Militärs sind sattsam bekannt. Sie haben in zahlreichen Fällen mit der Aufdeckung schamloser Lügengewebe geendet und sind elend zusammengebrochen. Das hält die sauberen Herrschaften nicht ab, ihr schmutziges Handwerk munter fortzusetzen. Der Fall des thüringischen Polizeimajors Müller-Brandenburg scheint sich zu einem ähnlichen Skandal auszuwachsen, ebenfalls nicht für den Beschuldigten, sondern für seine Verleumder. Die ganze Hetze gegen Müller-Brandenburg ging von einem Oberleutnant a. D. Lampel, dem Gewährsmann der „Deutschen Zeitung", aus. Dieser Lampel, der auf Grund seiner Personalakten und des ärztlichen Befundes aus der Landespolizei entlassen wurde, ist jetzt trotz eifriger amtlicher Nachforschungen in ganz Deutschland polizeilich unauffindbar, spurlos verschwunden.

Während die Untersuchung gegen Müller-Brandenburg bis jetzt noch keinerlei positive Tatsachen ergeben hat, die seine Verhaftung oder seine Versetzung in den Anklagezustand zur Folge gehabt hätten, macht sich der Urheber der Verleumdungen bereits unsichtbar. Das sieht weder nach Beweiskraft der behaupteten Tatsachen, noch nach treudeutscher Wahrheitsliebe und Ehrenhaftigkeit aus.

Fort mit den Ausnahmegerichten

Der Protest der Jugend

Auf der kürzlich in Gera stattgefundenen Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 15. und 16. Mai in Gera tagende Reichskonferenz der Soz. Prol.-Jugend erhebt Protest gegen die Ausnahmegerichte, insbesondere gegen ihre Zuständigkeit für Jugendliche. Auch die durch den Reichstag angenommene Verbesserung, daß Jugendliche nur dann vor Ausnahmegerichte gestellt werden dürfen, wenn ihre Taten in Verbindung mit Taten von Erwachsenen zur Aburteilung kommen, schützt die Jugendlichen keineswegs vor der Aburteilung durch die Ausnahmegerichte, denn es dürfte „tüchtige" Staatsanwälte genug geben, die den Zusammenhang zwischen Taten von Jugendlichen und Erwachsenen zu konstruieren vorstehen.

Daher fordert die Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend:

1. **Völlige Aufhebung der Ausnahmegerichte überhaupt;**
2. **die sofortige Aufhebung der Zuständigkeit der Ausnahmegerichte für Jugendliche;**
3. **sofortige Amnestie für alle bereits abgeurteilten Jugendlichen und Niederschlagung aller gegen Jugendliche schwebenden Verfahren.**

Die Reichskonferenz der S. P. J. erwartet, daß die Reichstagsfraktion der U. S. P. D., wie schon bisher, sich sofort bei Wiederzusammentritt des Reichstages für diese Forderungen von neuem einsetzen wird."

Die Schellingstraße

Ich befehle ....

Die „Berliner Volks-Zeitung" teilt in ihrer Abendausgabe vom Dienstag mit, daß sich auch in dem vom Kapp-Putsch her bekannten Hause Schellingstraße 1 eine **Werbestelle für eine unerlaubte Truppe** befände. Diese Werbestelle versandte folgendes Formular an „zuverlässige" ehemalige Baltikumer und Reichswehrangehörige:

„Herrn .....

Hiermit mobilisiere ich die **Apoabteilung Wentscher** und befehle, daß sich jeder Mobilisierte bei der Geschäftsstelle, Schellingstraße 1, meldet.

Die mobilen Truppen sind **der disziplinarischen Bestimmung der Abteilung unterworfen.**

Unter Vorbehalt weiterer Bestimmungen befehle ich, im Fall der Meuterei, Desertion, hartnäckigen Ungehorsams oder Feigheit in der Front hat **der Führer von seiner Waffe rücksichtslos Gebrauch zu machen.**

(Stempel.) (gez.) Wentscher, Kommandeur."

Inzwischen soll der „Kommandeur" Wentscher verhaftet worden sein, wie das „Berliner Tageblatt" meldet.

Achtung Eisenbahner!

Nach Pressemeldungen und sonstigen Feststellungen stehen in verschiedenen Teilen Deutschlands Orgeschformationen zum Abmarsch nach Oberschlesien bereit oder sind zum Teil schon auf dem Wege dahin. Die Reichsregierung hat in Ausführung der entsprechenden Bestimmungen des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen verboten. Anscheinend scheren sich die Leitungen der Orgesch und anderer Freikorps um die Verbote sehr wenig und treiben unter dem Deckmantel nationaler Phrasen nach wie vor ihr bisheriges verbrecherisches Spiel. Die deutsche Bevölkerung, vor allem aber die Arbeiterschaft, hat die Pflicht, die Reichsregierung bei der Durchführung des Friedensvertrages zu unterstützen und alles aufzubieten, um den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. **In erster Linie wird es Aufgabe der Eisenbahner und ihrer Betriebsräte sein, unerlaubte Transporte zu überwachen und eventuelle Feststellungen den zuständigen Eisenbahnverwaltungen und Behörden zu machen.**

Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, auf dem Posten zu sein, um eine Aktion unschädliche zu machen; **wir alle haben die Pflicht, den Frieden zu erhalten.**

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

* * *

Dazu teilt uns der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes noch mit, daß er den vorstehenden Aufruf durch das W. T. B. habe verbreiten lassen wollen. Dieses amtliche Telegraphenbureau erklärte sich zunächst bereit, die Verbreitung nur gegen Bezahlung zu übernehmen und lehnte dann überhaupt ab, den gegen die Orgesch gerichteten Aufruf zu veröffentlichen.

Gegen die nationalistische Gefahr

Kundgebung der Berliner Arbeiter

Das Berliner Zentralkomitee der U. S. P. D. hatte aufgefordert zu einer Kundgebung in der oberschlesischen Frage. Die am gestrigen Abend in den Sälen des Lehrervereinshauses stattgefundenen Versammlungen, in denen die Genossen Ledebour und Hilferding referierten, waren überaus stark besucht. Im großen Saal sprach

Genosse Ledebour

Er schilderte einleitend ausführlich die Umstände, die den jetzigen Konfliktsherd in Oberschlesien geschaffen haben. Notwendig wäre es gewesen, daß die Ententemächte **beschleunigt eine Entscheidung nach der Abstimmung** getroffen hätten. Dahinter steckt der französische Imperialismus, der durch den Sieg außerordentlich gestärkt worden ist. Wenn etwas dazu angetan ist, die imperialistische Siegerseuche in Frankreich epidemisch zu gestalten, so ist es

die Kriegshetzerei unserer eigenen Nationalisten.

Denn die Nationalisten aller Länder arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Die polnischen Parteien nutzten nun die durch die Abstimmung geschaffene Situation aus und besetzten durch eine gewaltsame Erhebung die von ihnen geforderten Teile Oberschlesiens. Dem Aufstand wurde von den Ententemächten nicht der notwendige Widerstand entgegengesetzt, und besonders seitens Frankreichs wurde nichts gegen die nationalistische Erhebung getan bis auf die letzten Tage, in denen der französische Ministerpräsident andere Töne angeschlagen hat. Innerhalb des von den Polen besetzten Gebietes sind nur wenige Städte in den Händen der Ententetruppen geblieben. Es haben sich in Oberschlesien **deutsche Selbstschutzorganisationen** gebildet, die sich unter das Kommando der Entente gestellt haben und von diesem in den Kämpfen gegen die Polen benutzt werden. Gleichzeitig wurde in Deutschland eine starke Bewegung entfesselt, die darauf hinarbeitete, daß Deutschland einen Vorstoß nach Oberschlesien machen sollte, um die Polen aus Oberschlesien zu verjagen. Ein solches Vorgehen hätte sofort die französischen Imperialisten veranlaßt, neben Sanktionen gemeinsam mit Polen Deutschland mit Krieg zu überziehen. Jeder Mensch, der einigermaßen über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland unterrichtet ist, weiß genau, daß Deutschland keine Armee auf die Beine bringen kann, die den Ententetruppen Widerstand entgegensetzen könne. Das ist ein Beweis für

die furchtbare Gewissenlosigkeit der nationalistischen Hetzer,

daß sie der Bevölkerung ein derartiges Vorgehen einzureden versuchen. Die Regierung hat die Aufstellung derartiger Formationen verboten. Da unserer Ueberzeugung nach aber weder auf Militär noch auf die Schutzmannschaft ein unbedingter Verlaß ist, halten wir es für notwendig, daß die Arbeiterorganisationen ermächtigt und aufgefordert werden, Schutzmaßnahmen gegen Freiwilligenformationen und Orgeschbanden zu ergreifen. Auf Zurufe aus der Versammlung, daß man auf die Gewerkschaften lange warten könne, führte Genosse Ledebour aus: Ich glaube, daß einige Zuhörer auf dem Standpunkt stehen, daß den Orgeschbanden die Waffen entrissen werden sollten und in den bewaffneten Kampf gegen die Kapitalisten eingetreten werden soll. Das ist eine der guten Lehren der „Roten Fahne". **Ich wünsche nur, daß die Kaffeehausliteraten, die das geschrieben haben, in einer solchen Aktion selbst den Anfang machen.** (Stürmischer Beifall.)

Wir richten den **Appell an die Arbeiterschaft der Ententeländer,** daß sie mit den Mitteln des verschärften Klassenkampfes ihren Imperialisten und Kriegshetzern in den Arm fallen. Wir sind davon überzeugt, daß dieser Appell in Frankreich und England auf fruchtbaren Boden fallen wird. Denn zur Zeit des imperialistischen Krieges, den Polen gegen Sowjetrußland führte, hat die französische und englische Arbeiterschaft bewiesen, daß sie stark genug und gewillt ist, Aktionen gegen den Imperialismus und Militarismus durchzuführen. Auf diesem Wege nur werden wir zum Ziel gelangen, und von diesem Wege werden wir uns keinesfalls abdrängen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Caussy** von der **Französischen Sozialistischen Partei** überbrachte der Versammlung den Gruß unserer französischen Genossen. **Die Zustimmung der U. S. P. D. bei der Annahme des Ultimatums ist**

eine historische Tat auch für die Franzosen.

Nur die Haltung der U. S. P. D. hat die französischen Chauvinisten einigermaßen zur Ruhe gebracht. Das Frankreich des Krieges und des Sieges ist nicht das richtige Frankreich. Das richtige Frankreich ist das Land der Menschenrechte und der großen Revolution. Wir werden mit allen Mitteln den Chauvinismus bekämpfen und werden ihn auch besiegen. Da unsere Lage eine schwierigere ist als die eure, brauchen wir jedoch eure Unterstützung. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprach unter anderen die Kommunistin **Ruth Fischer,** ein luxemburgischer Kommunist **De Bertrange** und ein gewisser **Ewald** von der V. K. P. D., der sich als Führer der Arbeitslosen bezeichnete. Die Diskussionsredner griffen zu dem abgegriffenen demagogischen Kniff, sich nicht an das Thema zu halten, sondern sich mit leeren Phrasen über alle möglichen Gegenstände zu verbreiten, die nicht zur Erörterung standen.

In seinem Schlußwort führte Genosse **Ledebour** unter anderem aus: Von den Führern der kommunistischen Partei, die in dieser Partei jetzt abgewirtschaftet haben, hatte ich keine besonders hohe Meinung. Die Reden der Führer, die heute gesprochen haben, **erwecken in mir lebhaftes Mitleid für die kommunistischen Arbeiter,** daß sie von solchen Phrasendreschern vertreten werden. (Stürmischer Beifall.) Wenn auf die Märzaktion der Kommunisten zurückgegriffen wurde, so müssen wir feststellen, daß durch diese **einzelnen Putsche das Proletariat nur Niederlagen** erleidet und große Teile der Arbeiterschaft zu dem Heer der Indifferenten abwandert. Das ist das Verbrechen der Führer der kommunistischen Partei. Und hiergegen kämpfen wir an mit all unserer Macht. Wir haben das größte Interesse daran, daß der oberschlesische Konflikt richtig geschlichtet wird. Mischen sich die Arbeiter mit Waffengewalt in den Konflikt, so wird unzweifelhaft ein neuer imperialistischer Krieg heraufbeschworen. Die Argumentation der Kommunisten, schon jetzt mit Waffengewalt einzugreifen, weil ein späterer Kampf unvermeidlich sei, ist dieselbe Argumentation des Präventivkrieges der deutschen Chauvinisten. **Genau wie den imperialistischen werden wir auch den kommunistischen Präventivkrieg bekämpfen.** Langsam und zähe haben wir auf allen Gebieten mit allen Organisationen zu kämpfen zu Vorbereitung des Endkampfes um die Befreiung der Arbeiterschaft. Die Vorbereitung dieses Endkampfes in Deutschland, das ist die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. (Langanhaltender Beifall.)

Im kleinen Saale nahm Genosse **Hilferding** das Wort. Bei Nichtunterzeichnung des Ultimatums wäre das oberschlesische Industriegebiet jetzt ebenso wie das rheinische längst vollkommen besetzt.

Die auswärtige Politik der U. S. P.

hat seit dem Zusammenbruch eine wesentliche Bedeutung gehabt, weil sie mit aller Entschiedenheit **gegen Nationalismus und Militarismus** gerichtet war. Die bürgerlich-rechtssozialistischen Koalitionsregierungen haben auch nach der Revolution geduldet, daß die auswärtige Politik der Republik im alten Geist fortgeführt wurde; im Verein mit den Deutschnationalen riefen damals auch Rechtssozialisten aus, daß der „Schmachfrieden" nicht unterzeichnet werden dürfe. Das hätte zum neuen Ausbruch des Krieges geführt; das daraus entstehende Chaos gedachten die reaktionären Kreise zur Aufrichtung der Militärdiktatur auszunutzen. Nichts war von je gefährlicher, als diese Katastrophenpolitik, die auch von kommunistischer Seite getrieben wurde. Die Geschichte lehrt, daß in solchen außenpolitischen Krisen die breiten Massen von der **nationalistischen Welle** erfaßt werden. Deshalb handelte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nach dem

internationalen sozialistischen Prinzip,

als sie mit Unterstützung der größten Proletariermassen in den Straßendemonstrationen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durchsetzte.

Der polnische Imperialismus rechnete mit der Ablehnung durch Deutschland und glaubte deshalb den Augenblick gekommen, wo die Entente rücksichtslos vorgehen würde. Die große Gefahr bestand, daß in Deutschland durch das Abschnüren der Industrie von den Rohstoffquellen entsetzliches wirtschaftliches Elend entstanden wäre. **Das akute Elend wäre als Folge der ausländischen Unterdrückung erschienen und eine daraus entstandene nationale Frage hätte die breiten Massen in das Lager der deutschen Nationalisten geführt. Durch den Widerstand der U. S. P., durch den Kampf gegen die Politik der Bajonette ist der drohende ungeheure Rückschlag der sozialistischen Bewegung verhütet worden.** Die auswärtige Politik der U. S. P. hat auf diese Weise

den Sozialismus gestärkt,

vor allem durch ihre Haltung in der Frage des Ultimatums. Sie wird sich in der Verfolgung dieser Politik immer wieder an die Massen wenden, wenn die ständige Gefahr des Nationalismus sich akut vergrößert.

Die U. S. P. gibt sich keiner **Illusion über die Politik der Ententestaaten** hin, aber sie wird darauf dringen, daß Deutschland nicht durch die Fortsetzung der alten Fehler weiterhin alle Welt zu seinen Feinden macht. Die ehrliche, friedliche Politik Deutschlands erleichtert den Bruderparteien den

Kampf gegen den Imperialismus

in ihren Ländern.

Das oberschlesische Problem ist von eminenter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Oberschlesien ist ein **sehr reiches Rohstoffgebiet,** in dem außer der Förderung dieser Rohstoffe eine umfangreiche Industrie entstanden ist. Außerdem sind die Bodenschätze noch gar nicht voll erschlossen. Bei der politischen Seite der oberschlesischen Frage muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß **die bürgerliche Koalitionsregierung eine Dummheit nach der anderen in Oberschlesien begangen hat.** Die U. S. P. hat sich in ihrer Stellungnahme **von sozialistischen Grundsätzen** leiten lassen; es lag im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Wirtschaft die wichtigen oberschlesischen Gebiete zu erhalten, und es lag im Interesse der oberschlesischen Arbeiterschaft, die Zusammengehörigkeit mit dem entwickeltsten Proletariat, dem deutschen, zu erhalten.

Die deutsche Politik muß darauf eingestellt sein,

eine friedliche Lösung

der oberschlesischen Frage zu erreichen. Im Interesse Oberschlesiens, das auf das deutsche wie auf das polnische Absatzgebiet angewiesen ist, wie im Interesse der beteiligten Länder und ihrer Wirtschaft liegt es, die Benutzung der oberschlesischen Rohstoffquellen so zu gestalten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen erleichtert werden. Die Entwicklungsfähigkeit Polens wie die nötige Einbeziehung Rußlands in das europäische Wirtschaftsleben geben der Frage besondere Bedeutung.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Forderung auf

Entwaffnung und Beseitigung der Orgesch

erfüllt werden muß. Die deutsche Arbeiterklasse hat das brennendste Interesse, daß die auswärtige Politik nach friedlichen Gesichtspunkten betrieben wird, und sie wird ihre ganze Macht aufbieten, um jede bayerische Sabotage dieser Politik zu verhindern. Die Arbeiterschaft hat sehr **scharfe Waffen,** um diesen Widerstand gegen die Reichspolitik, gegen die Interessen des deutschen Volkes zu brechen. Die bayerische und die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß sich bereit halten, wenn es notwendig wird, diese Waffen zu gebrauchen.

Wenn wir diese Politik treiben, so stärken wir unsere Bewegung. Jede Niederlage des deutschen Nationalismus stärkt unsere Klassengenossen in den Ententeländern, bedeutet einen Sieg über den Militarismus der anderen Länder.

Nach dem Referenten sprach Genosse Drobner vom linken Flügel der polnischen sozialistischen Partei. Er schilderte die schweren Verhältnisse des polnischen Proletariats, das seit sieben Jahren den Krieg erleidet und unter diesen Bedingungen seinen Kampf führen müsse. **Unvorstellbares Elend herrsche im Lande.** Es sei eine Lüge, daß die Arbeiterschaft kriegslustig sei, im Gegenteil, sie sei von

unendlicher Friedenssehnsucht

erfüllt. Der linke Flügel der sozialistischen Partei führe einen schweren Kampf gegen die nationalistische Führung. Die Arbeiter verständen immer mehr, daß auch in Polen nur eine **grundsätzliche sozialistische Politik** das Proletariat vorwärts bringen könne. Deshalb: Die Hoffnung des polnischen Proletariats könne nicht im Bündnis mit der Bourgeoisie, sondern **im gemeinsamen Klassenkampf mit seinen deutschen und seinen englischen und französischen Brüdern** liegen. Mit einem Hoch auf

die internationale Solidarität

schloß Genosse Drobner seine Ausführungen, die von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Dann sprach noch, nachdem ein Schlußantrag abgelehnt worden war, ein Kommunist Maslow. Das gab Genossen Hilferding Gelegenheit zu einer kurzen, aber ausreichenden **Abrechnung mit der kommunistischen Taktik.** Dann schloß der Vorsitzende, Genosse Hermann Müller, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratie die Versammlung.

In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Entwicklung des oberschlesischen Konflikts macht eine Stellungnahme des Proletariats erforderlich.

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurde die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens der Entente anheimgestellt auf Grund einer in Oberschlesien selbst vorzunehmenden Volksabstimmung. Die Abstimmung hat im ganzen Bezirk zwar eine starke Mehrheit für Deutschland erbracht, in einzelnen Kreisen aber hat die Bevölkerung überwiegend für Polen gestimmt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Von diesem Standpunkt müssen wir das Abstimmungsergebnis würdigen. Es geht nicht an, daß der Wille großer Teile der Bevölkerung mißachtet, daß ihnen eine Staatszugehörigkeit aufgezwungen wird, die sie selbst nicht wünschen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat dementsprechend gefordert, daß rechtzeitig eine **Verständigung mit Polen** herbeigeführt werde, durch die nicht nur die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung, sondern auch die Interessen des deutschen und des polnischen Volkes gewahrt worden wären. Eine solche Verständigung ist leider nicht erfolgt. Den alliierten Regierungen bleibt es nunmehr überlassen, die letzte Entscheidung über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien zu treffen. Dabei sollen nach dem Friedensvertrag nicht nur die Abstimmungszahlen, sondern auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die geographischen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Insbesondere muß durch einen Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen die Verfügung über die Rohstoffe und über die Industrie Oberschlesiens so geregelt werden, daß die Interessen beider Länder gewahrt bleiben. Nur eine solche Lösung der Krise wird den Gegensatz der beiden aufeinander angewiesenen Länder beseitigen.

Die Hinauszögerung ist von den Polen ausgenützt worden, um durch einen **Aufstand in Oberschlesien** sich zu tatsächlichen Herren möglichst großer Gebietsteile zu machen und dann diesen gewaltsam geschaffenen Zustand als Grund für die Zuteilung dieser Gebiete an Polen verwerten zu lassen.

Der Friedensvertrag überantwortet bis zur endgültigen Festsetzung der neuen Grenzen das Abstimmungsgebiet der **Verwaltung durch ein Entente-Kommissariat.** Ententetruppen haben während dieser Zeit die Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie haben sich ihrer Aufgabe, den polnischen Aufstand abzuweisen, nicht gewachsen gezeigt.

Dieser Zustand hat **den deutschen Nationalisten** Anlaß gegeben, ihrerseits **Kriegsfreiwillige** von Deutschland aus nach Oberschlesien **vorzuschieben,** um den unter Oberaufsicht der Entente stehenden deutschen Selbstschutz zu unterstützen oder gar zu ersetzen. **Diese deutsch-nationalistische Gegenaktion gegen den polnischen Vorstoß liefert wiederum den französischen Nationalisten den Vorwand, Deutschland mit neuen Sanktionen, insbesondere abermals mit der Besetzung des Ruhrgebiets zu bedrohen.**

Bisher hat die Reichsregierung sich **geweigert,** dem Vordringen deutscher Freiwilliger nach Oberschlesien Vorschub zu leisten. Sie **hat die deutsch-oberschlesische Demarkationsgrenze gesperrt** und ein Verbot gegen die Expedition von Freiwilligen-Truppen erlassen.

Es besteht aber die Gefahr, daß die Fortführung der nationalistischen Bandenkämpfe in Oberschlesien schließlich Polen einerseits und Deutschland andererseits in den Konflikt hineinzieht. Das würde wieder ein Signal für das Eingreifen Frankreichs sein, dessen Nationalisten nur auf eine solche Gelegenheit lauern. Ein neuer Völkerkrieg in Europa wäre entbrannt mit allen seinen furchtbaren Folgen für die Arbeiterschaft aller Länder.

Angesichts dieser Gefahren richtet die Versammlung an alle Proletarier Deutschlands und Polens, besonders an die Oberschlesier, ganz gleich, welcher Sprachgemeinschaft sie angehören, die dringende Aufforderung, sich durch keinerlei nationalistische Hetzereien zu der Beteiligung an den Kämpfen in Oberschlesien aufreizen zu lassen, und zwar auch dann nicht, wenn das unter dem Vorwande geschieht, die nationalistischen Kämpfe in Oberschlesien durch das Eingreifen des Proletariats zu einem Klassenkampf gegen die Unternehmerschaft umzugestalten. Denn auch solche Aktionen würden von den nationalistischen Kapitalsschergen zur Völkerverhetzung und zur Entfachung eines imperialistischen Krieges ausgebeutet werden.

Den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, vor allem aber den Gewerkschaften und Betriebsräten erwächst nunmehr die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die von der Regierung angekündigten Maßnahmen nicht auf dem Papier stehenbleiben. Sie müssen mit den notwendigen Befugnissen ausgerüstet werden, um jeden Transport von Orgeschleuten, jede Ansammlung von Freiwilligen-Truppen, jede Versendung von Kriegsmaterial zu verhindern. Nur bei Erfüllung dieser Forderungen wird das nationalistische Treiben ebenso schnell verschwinden, wie es entstanden ist.

Wie wir in Deutschland uns bemühen, der Ausnutzung der oberschlesischen Wirren zu nationalistischen Kämpfen entgegenzuwirken, muß das internationale Proletariat überall, müssen besonders unsere englischen, französischen, belgischen und italienischen Genossen ihren eigenen Kriegshetzern in den Arm fallen. Nur durch Zusammenwirken des internationalen Proletariats kann diese neue Kriegsgefahr gebannt und die Menschheit dem sozialistischen Weltfrieden nähergeführt werden."

Erschreckende Zahlen

Die Erwerbslosigkeit am 1. Mai — Die Zahl der Kurzarbeiter der Erwerbslosenziffer nahekommend

Das Reichsarbeitsministerium schreibt: Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Mai 318 448, die der weiblichen 81 649, **zusammen also 400 097.** Hinzu traten 440 377 Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige von Vollerwerbslosen), so daß sich **die Gesamtzahl der Hauptunterstützungs- und Zuschlagsempfänger auf 840 474 stellt.** Berücksichtigt man, daß diese Zahlen nur bedingten Wert haben, bei weitem **nicht alle Erwerbslosen Unterstützung** beziehen, daß ferner **die der Erwerbslosenziffer nahekommende Zahl der Kurzarbeiter** von der Statistik nicht erfaßt wird, und daß endlich in erheblichem Umfange in den Betrieben an sich entbehrliche Arbeitskräfte noch durchgehalten werden, so muß die Lage des Arbeitsmarktes auch weiterhin als ungünstig bezeichnet werden. Sie würde es noch ungleich mehr sein, wenn nicht **durch die produktive Erwerbslosenfürsorge durchschnittlich 200 000 Erwerbslose** bei Notstandsarbeiten untergebracht wären.

Wie wenig aber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im laufenden Jahr befriedigt, zeigt ein Vergleich mit dem im Vorjahr. Während nämlich in der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai 1920 die Zahl der Erwerbslosen von 431 000 auf 292 000, also um rund 150 000 gefallen ist, hat sich in diesem Jahre die Ziffer von 423 000 auf 400 000, also nur **um 23 000 gesenkt.** Im Monat April 1920 insbesondere hatte die Abnahme rund 28 000 betragen, im Monat April 1921 nur 16 000, also etwa die Hälfte, wobei die weiblichen Erwerbslosen sogar eine Zunahme zeigten. Obgleich die fortschreitende Belebung des Baumarktes in denjenigen Berufen, die in engerem Zusammenhang mit dem Bauwesen stehen, unverkennbar günstig gewirkt hat, haben doch **die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise** und besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Inlande die sonst alljährlich mit dem Frühjahr eintretende Besserung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr weitgehend hintangehalten, **und wir haben** in einer Jahreszeit, in der alljährlich die Erwerbslosenziffer am niedrigsten zu sein pflegte, **eine wesentlich höhere Zahl als zu Beginn des letzten Winters.**

Es ist zu begrüßen, daß dieser Bericht des Arbeitsministeriums eine knappe Angabe über die Wirkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf den Arbeitsmarkt bringt. Nur genügt diese Angabe noch nicht. Notstandsarbeiten sind meist vorübergehender Natur. Darum möchten wir zur Vervollständigung des Bildes wissen, wie lange die Notstandsarbeiter aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigt worden sind. Vielleicht befriedigt der Bericht unsere unausstehliche Wißbegier das nächste Mal.

Der neue Pressechef der Reichsregierung. Wie die V. P. N. hören, ist zum Nachfolger des bei Neubildung der Reichsregierung zurückgetretenen Geheimrats Heilborn als Pressechef der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes Herr Dr. A. Höfle in Aussicht genommen. Dr. Höfle war früher Leiter des Bundes Deutscher Techniker schied aber aus dieser Organisation aus, als die Verschmelzung mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten erfolgte. Er hat sich seitdem journalistisch und in der christlich-nationalen Angestellten- und Beamtenbewegung betätigt. Dr. Höfle gilt als besonderer Vertrauensmann des gegenwärtigen Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald.

Krassin in Berlin. Krassin ist in Berlin eingetroffen und im Palast-Hotel abgestiegen. Er hat in Kopenhagen erklärt, daß England alles liefern kann, was Rußland nötig hat, daß jedoch die Preise der Materialien höher sind als in Deutschland. Darum wurden 60 000 Tonnen Eisenbahnschienen in Deutschland bestellt.

Abgelehnte Wirtschaftshilfe. Die Regierungskommission hat eine Eingabe des deutschen Eisenbahnerverbandes, den Eisenbahnern, den seinerzeit bei der Einführung der Frankenlöhnung gewährten Vorschuß von 200 Frcs. als einmalige wirtschaftliche Beihilfe zu belassen, abschlägig beschieden.

HERMANN TIETZ

Fische, Räucherw.

Lebende Schleie .. Pfund 9⁰⁰
Lebende Bleie ..... Pfund 7⁵⁰
Leb. Aale Pfd. 10⁰⁰ bis 20⁰⁰
Kabliau ohne Kopf, im ganz., Pfd. 1³⁰
Schellfische .... Pfund 1⁹⁰
Frische Bleie .... Pfund 2⁵⁰
Ahlbecker Flundern Pfd. 3⁵⁰

Geflügel — Wild

Junge Gänse ...... Pfund 15⁵⁰
Suppenhühner prima Pfund 17⁰⁰
Tauben .... Stück 7⁵⁰
Rehrücken .... Pfund 16⁰⁰
Rehkeulen .... Pfund 17⁰⁰
Rehblätter .... Pfund 12⁵⁰
Reh-Kochfleisch .. Pfund 6⁵⁰

Salzheringe große .... Stück 25 Pf. | **Gefr. Kaninchen** ohne Kopf und Füße .... Pfund 4⁰⁰

Gemüse — Obst

Spargel Pfund 50 Pf., stark Pfund 2⁴⁰
Spinat .... Pfund 30 Pf.
Salat .... Kopf 35 Pf.
Jg. Kohlrabi .... Mandel 3⁰⁰
Stachelbeeren unreif, Pfund 2³⁰
Rhabarber .... Pfund 25 Pf.
Grüne Gurken .... Stück 3⁵⁰
Garten-Erdbeeren Pfd. 11⁰⁰

Gefrierfleisch

Schmorfleisch ohne Knochen .... Pfund 9⁵⁰
Schabefleisch ..... Pfund 12⁰⁰
Fehlrippe u. Brust Pfund 8⁰⁰
Roastbeef ohne Knochen Pfund 12⁰⁰
Kalbsvorderfleisch frisch ... Pfund 9⁵⁰
Fr. Hammelfleisch Pfd. 11⁰⁰
Fr. Kalbskeulen ... Pfund 11⁰⁰

Wurstwaren

Rotwurst nach Thüringer Art ..... Pfund 11⁰⁰
Landleberwurst .... Pfund 12⁰⁰
Delik.-Sülzwurst .... Pfund 14⁰⁰
Magerer Speck .... Pfund 22⁰⁰
Kulmb. Bierwurst .... Pfund 24⁰⁰
Zervelatwurst .... Pfund 26⁵⁰
Salami .... Pfund 26³⁰
Teewurst hochfein .... Pfund 25⁰⁰
Corned-Beef ca. 2-engl.-Pfd.-Dose 10⁵⁰

Fette

Margarine .... Pfund 7¹⁰
Tafelmargarine allerfeinste ½ Pfd.-Pak. 5³⁵
Kokosfett .... in Tafeln Pfund 9⁸⁰
Butterfett .... Pfund 9⁰⁰
Rindertalg ausgelassen .... Pfund 7⁵⁰
Amerik. Schweine-Schmalz .. Pfund 9⁶⁰
Dän. Rahm in Flaschen 5⁵⁰
Magermilch gezuckert Dose 3⁹⁰

Kolonialwaren

Vollreis .... Pfund 2⁶⁰
Bandnudeln .... Pfund 6²⁰
Haferflocken .... Pfund 2⁵⁰
Maisgriess .... Pfund 2²⁵
Gebr. Kaffee frisch geröstet ..... Pfund 20⁰⁰
Backpflaumen ...... Pfund 4⁰⁰
Backobst .... Pfund 5⁰⁰
Tafelöl allerfeinstes in Flaschen 5²⁵ 10²⁵ 19²⁵

Emmenthaler Pfund 30⁰⁰ | **Vollmilch** [illegible] .... große Dose 7⁹⁰

Käse

Camenbert Ia. .... Stück 2⁷⁵
Briekäse .... Pfund 4³⁰
Harzer Käse ...... Pfund 7⁴⁰
Tilsiter .... Pfund 5⁷⁰
Dän. Goudakäse Pfund 10⁵⁰
Edamer .... Pfund 9⁵⁰
Holländer .... Pfund 11⁵⁰
Roquefort .... Pfund 28⁰⁰

Himbeer-Saft vorzügl. Qualität ½ Fl. 10⁵⁰ ⁴⁄₁ Fl. 20⁰⁰ | **Weinbrand-Verschn.** 40⁰⁰ 21⁰⁰ 48⁰⁰ 25⁰⁰ | **Oberh. Maikämmer** ½ Fl. 12⁵⁰ ⁵⁄₁ Fl. 60⁵⁰ | **1918 Montagne** Naturrotwein ½ Fl. 12⁵⁰ ⁵⁄₁ Fl. 60⁰⁰
einschl. Flasche, einschl. Flasche, 20% Steuerzuschlag

26., 27. u. 28. Reste-Tage

u. a. Wollstoffe, Seidenstoffe, Waschstoffe, Spitzen, Bänder, Gardinen usw. zu sehr vorteilhaften Preisen

---

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: **Der Bauer als Millionär**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7 Uhr: **Jugendfreunde**

Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: Turandot. Arlecchino. Schauspielhaus 6½ Uhr: Fiesco

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½ Uhr: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele 8 Uhr: Mesalliance

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7 U.: Ein Sommernachtstraum (Außer Abonnement)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** Heute, Sonnab., Sonntag., Mtg. 7½ U.: Mit dem Feuer spielen. 9 Uhr: Satans Maske (Orska, Riemann, Bildt). Freitag: Salome. Orska, Dernburg, Brausen, von Twardowski

Berliner Theater: DAS **Milliarden Souper** 7.30 Uhr: Hilde Wörner, Alfred Abel, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: Der **blonde Engel** von Robert Winterberg. Paul Heidemann a. G., Josefine Dora a. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Ila Marten, Georg Boselt, Kurt Busch, Julius Nogg.

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: **Lady Windermeres Fächer** von Oskar Wilde.

Trianon-Theater Täglich 7 Uhr: **Am Teetisch** Lustspiel von Karl Swoboda.

Thalia-Theater 7½ Uhr: **Mascottchen**

Kleines Theater 7¾ Uhr: **Nur ein Traum**

Komische Oper 7½ **Die Oper** 7½

Alt-Heidelberg

Theater am Nollendorfplatz 8½ Uhr: Himmel auf Erden 7½ Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**

Lessing-Theater Dirgnt.: Victor Barnowsky Allabendlich 7½ Uhr: **Rosenmontag**

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendlich 7½ Uhr: **Die selige Exzellenz** (Adalbert, Junkermann, Büller)

Rose-Theater 7½ Uhr: **Wo die Schwalben nisten**

Walhalla-Theater 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise**

⅛ **Casino-Theater** ⅛ Nur noch einige Aufführungen **Bollrich & Sohn**

8 U. **Folies Caprice** 8 U. am Oranienburger Tor. Der ledige Ehemann mit Ferd. Grunecker

7½ **Apollotheater** 7½ Friedrichstraße 21. Naturalistische Neuheit: Im Reiche der Venus und weitere 10 Sensationen.

Behrenstraße 54. präz. 7¾ Uhr: **12 Mai-Attraktionen!**

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Täglich: Großer Witwenball

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Täglich 4½ Uhr: **Die Schönste von Allen** Operette von Jean Gilbert • Varieté-Sensationen •

Theater a. Kottbus. Tor Tel. Moritzplatz 14814. Täglich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** Blüthgen-Konzert. Vorvk. 11–1½, u. 4–6.

Sommer-Theater Schweizergarten Am Friedrichshain 29-32 Direkt. Wilhelm Herrmann Täglich: **Die Fahrt ins Glückland** und die hervorragenden Spezialitäten. Donnerstag, 26. Mai **Elite-Tag** Großes Brillantfeuerwerk u. a. Der Ausbruch des Vesuvs. Das hervorragende Programm **Großer Ball** Vorverkauf u. 10 Uhr vorm.

CIRCUS BUSCH Der große Erfolg: **Konrad Gebhardt** im Manege-Schauspiel „Krone und Fessel" 7 U. Vorher 7 U. Der Jiu-Jitsu-Meister. Das denkende Pferd und die übr. Circus-Sensationen. Bahnh. Börse u. Circusk.

Schokoladen 100 g-Tafel 3.45. 100 g-Milch-Tafel u. Block 25 g., 50 g., 100 g-Tafeln für Glücksräder, große Stanniolstangen billigst. Schneider, Rodenbergstr. 9.

Spreewälder Speise-Leinöl-Mühle, Niederlage Fruchtstraße 59. Tägl. frisches Speise-Lein- und Rüböl. Beim Vorzeigen dieser Anzeige 10% Rabatt.

Neue Welt Arnold Scholz, Hasenheide 108/114

Heute Donnerstag, den 26. Mai 1921

Elite-Tag

Großes Riesen-Brillant-Feuerwerk ausgeführt von dem Pyrotechniker E. Nieland

Außerdem: **Großer Ball**

Anfang 5 Uhr — Anfang 5 Uhr

Lungenkranke

Ihr „Parasan" hat wunderbar geholfen. Drei Oberstabsärzte nacheinand. haben wochenlang ihre Kunst umsonst vers., jahrelang habe ich alle ärztl. Mittel ohne Erfolg angewandt. Ihr Parasan brachte mir völlige Heilung. Lehrer H. B., Mr. So wurden schon Tausende befreit. 15,00. Otto Reichel, Berlin 46 SO, Eisenbahnstr. 4.

Rasche Hilfe bei qualvollem, besonders nachts unerträglich peinigendem **Hautjucken** bringt der sicher wirkende „Ixinda-balsam", der auch in hartnäckigsten Fällen bewährt (M. 15.—. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Salfarin-Blutreinigungstee. Sch. M. 4,50 übliche 3 Sch. M. 13.—. Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstr. 4

Spezial-Arzt Dr. Hoeltl, Rosenthalerstr. 68-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis-, Sa varsan-Kuren. Blutuntersuchungen. Damen separat. 10–1, 5–7.

Gänsefedern

füllfertige, auch ungerissen, aus erster Hand. Paul Pargs'ow Wriezen 15 Oderbr.

Spezialarzt für Geschlechtsleid. Dr. med. Karl Reinhardt Behand. ohne Berufsstörg. alle Haut-, Harn-, Frauenleiden u. **Syphilis.** Besonderer Erfolg bei veralteten Fällen. Bestrahlungen u. Durchleuchtung der Harnwege. Blut- und Harnuntersuchung mit einwandfreien Resultaten. — Meine aufklärende Broschüre: „Der sichere Weg zur Heilung der **Syphilis**" gegen Einsendung von 3 Mark; diskrete Zusendung. Auskunft im altbekannten Institut kostenlos. Sprechst. ½12–2, ½6–8, Sonnt.: ½11–1 Uhr. **Potsdamer Str. 117,** an der Lützowstraße.

Geschlechtsleiden

Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung **Dr. med. Dammanns Heilanstalt** Berlin W 6, Potsdamer Straße 123 B. Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11. Belehr. Brosch mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Theodor Storm

Meister-Novellen

454 Seiten Text

Inhalts-Verzeichnis:

Immensee / Viola tricolor / Im Schloß / Aquis submersus / Carsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte

16 ganzseitige Zeichnungen von Otto Soltau. Ein Stormbildnis von Karl Bauer

Elegant gebunden .... 16.00 Mark

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9 sowie durch alle Filialen der „Freiheit"

Genossen werbt für die „Freiheit"

Darlehne und Kredit Auf Gegenseitigkeit. Auskunft und Rat frei. Zuweis. werd. vergütet. Allg. Verwertungs-Gesellschaft Chemnitz, Annenstraße 3.

Sämtliche Wurstwaren für Restaurationen und Straßenhändler verkauft zu billigsten Tagespreisen. Bertsch, Wiener Str. 38.

Händler Seife, Lichte, Schuhcrem, Streichhölzer jetzt konkurrenzlos billig! Nur gut. Qualitätsware. Dietz, Gr. Frankfurter Str. 13

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlung „Freiheit" Breite Straße 8–9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Drücker **Karl Kerstenhann** Neukölln, Richtenraderstraße 47, am 22. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Mai, nachm. ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindekirchhofes in Neukölln, Gottlieb-Dunkelstraße, aus statt.

Der Arbeiter **Fritz Mutschall** Berlin, Fehrbelliner Straße 34, am 22. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Mai, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes in Buch aus statt.

Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. sucht für 1. Juli eine

Sekretärin

für die Agitation und Organisation. Bewerbungsschreiben mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und einer kurz gefaßten Abhandlung über die Aufgaben einer Sekretärin sind bis zum 7. Juni zu richten an Richard Krille, Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Botenfrauen stellt sofort ein Spedit. Johannisstr. 9 (Ecke Artilleriestr.)

Demnächst erscheint! — Demnächst erscheint!

Band 13 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale:

N. BUCHARIN und E. PREOBRASCHENSKY

Das ABC des Kommunismus

Aus dem Inhalte: Entwicklung und Untergang des Kapitalismus: 1. Unser Programm 2. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung / 3. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung / 4. Kommunismus und Diktatur des Proletariats / 5. Wie die Entwicklung des Kapitalismus zur kommunistischen Revolution führte / 6. Die Zweite und die Dritte Internationale. Die Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Kommunismus: 1. Bedingungen der kommunistischen Aufbautätigkeit in Rußland / 2. Die Sowjetmacht / 3. Die nationale Frage und der Kommunismus / 4. Das Wehrprogramm der Kommunisten / 5. Proletarische Gerichtsbarkeit 6. Schule und Kommunismus / 7. Religion und Kommunismus / 8. Die Organisation der Industrie 9. Organisation der Landwirtschaft / 10. Organisation der Verteilung / 11. Organisation der Banken und die Geldzirkulation / 12. Die Finanzen im proletarischen Staate / 13. Programm der Kommunisten in der Wohnungsfrage / 14. Arbeiterschutz und soziale Fürsorge 15. Schutz der Volksgesundheit

376 Seiten / Preis Mk. 8.— (geb. Mk. 15.—). Organisationspreis Mk. 5.—

Bestellungen sind zu richten an die

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Groß-Berlin

Krankenhausbehandlung und Krankenkassenleistung

Eins der trübsten Kapitel in der Arbeiterversicherung war von jeher die Regelung der Krankenhausbehandlung. Durch die kautschukartige Bestimmung des § 184 RVO. sind die Versicherten fast vollständig der Willkür ihrer Krankenkassen ausgesetzt, die in rückständigen Bezirken häufig von einem angeblichen Recht Gebrauch machten, unterstützt durch die ebenso rückständigen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts. Nach dem oben angezogenen Paragraphen sind die Krankenkassen wohl berechtigt, in bestimmten Fällen ihre Mitglieder zur Krankenhausbehandlung zu zwingen, doch können andererseits die Mitglieder nicht mit gleichem Recht die Kassen zur Krankenhausbehandlung bzw. Uebernahme der Kosten für eine solche heranziehen. Selbst in Fällen, in denen Lebensgefahr vorlag oder dauerndes Siechtum zu befürchten war, hat das RVA. entschieden, daß die Krankenkassen nicht ohne weiteres verpflichtet seien, die Krankenhauskosten zu übernehmen. Die Mitglieder sind unter allen Umständen verpflichtet, vorher die Einwilligung der Kasse zur Uebernahme der Krankenhauskosten einzuholen.

Hätte die Kasse aber Krankenhausbehandlung bewilligt oder selbst angeordnet, dann durfte bisher der Kranke unter keinen Umständen das Krankenhaus ohne Zustimmung der Krankenhausleitung oder Krankenkasse verlassen. Verließ ein Patient selbst unter noch so berechtigten Gründen „auf eigenen Wunsch“ das Krankenhaus, dann war die Kasse ebenfalls berechtigt, ihm die weitere statutarische Unterstützung zu versagen. In diese rückständige Geschäftspraxis hat nun eine Revisionsentscheidung des RVA. vor einiger Zeit mit folgendem Urteil Bresche geschlagen:

„Das Oberversicherungsamt hat festgestellt, daß der Kläger lediglich auf eigenen Wunsch, ohne Zustimmung der Kasse und ohne auf seinem Gesundheitszustand beruhende ärztliche Anordnung, entlassen worden sei. Ob diese Feststellung durch die Angaben des Arztes genügend gestützt wird, kann dahingestellt bleiben. Denn jedenfalls reicht diese Feststellung nicht aus, um den Anspruch des Klägers auf Krankenhilfe für unbegründet zu erklären. Allerdings verliert ein Versicherter den Anspruch auf Krankenhilfe überhaupt, wenn er die von der Kasse gewählte Art der Krankenhilfe, nämlich die Krankenhausbehandlung, ausschlägt oder die bereits begonnene Krankenhausbehandlung eigenmächtig aufgibt. Ein solches eigenmächtiges Aufgeben der Behandlung liegt aber nur dann vor, wenn der Versicherte gegen den ausgesprochenen Willen der Kasse oder des Arztes das Krankenhaus verläßt, oder wenn es ihm nach den Umständen klar sein mußte, daß er das Krankenhaus gegen den Willen der Kasse verließ. Aus der Feststellung, daß der Versicherte auf eigenen Wunsch entlassen wurde, kann zwar gefolgert werden, daß er die Gefahr einer Verschlimmerung auf sich nehmen wollte, nicht aber, daß er auch den Anspruch auf Krankenhilfe aufgeben wollte oder bewußt gegen den Willen der Kasse handelte.“

Läßt dies Urteil mit seinen kautschukartigen Redewendungen an prinzipieller Klarheit viel zu wünschen übrig, dann wird es nichtsdestoweniger gut sein, wenn die Arbeiterschaft sich dasselbe für vorkommende Fälle merkt und darauf Bezug nimmt. Von größerer Bedeutung erscheint uns allerdings, daß die organisierte Arbeiterschaft sich einen starken Einfluß auf die Führung der Krankenkassengeschäfte sichert, damit der Vorstand nicht nach dem toten Buchstaben des Gesetzes handelt, sondern nach dem Geiste, wie ihn das Leben erfordert.

Brandenburgischer Provinziallandtag

In der gestrigen Sitzung erledigte man eine Reihe von größeren Vorlagen und besonderen Haushaltsplänen für Provinzialanstalten. Der Landesmeliorationsfonds wurde zur Förderung der Landeskultur um 12 Millionen erhöht. Der Stadt Guben bewilligte der Landtag eine Beihilfe von 1 210 000 M. zum Neubau des Gubener Wehrs und der Neißebrücke, ebenso wurden 600 000 M. zur Sicherstellung des Uebergangs über die Oder bei Tschicherzig zur Verfügung gestellt. Im Namen des Sonderausschusses für die Elektrizitätsangelegenheiten berichtete Abgeordneter Landrat Wiskott-Beeskow über die dem Märkischen Elektrizitätswerk zu bewilligende Anleihe von 150 Millionen zwecks Ausbaus der Stromversorgung in der Provinz Brandenburg. Das Unternehmen sei unter Beteiligung der Kreise gut fundiert und verdiene den ihm einzuräumenden Kredit. Der Anleihe wurde zugestimmt und ferner beschlossen, daß eine Erhöhung des Aktienkapitals des M. E. W. unter Beteiligung der Kreise herbeigeführt werden solle.

Eine längere Debatte entspann sich über das Landesarbeitsamt und das Provinzialberufsamt. Für beide erst seit einigen Jahren bestehende Anstalten ist in den Haushaltsplan für 1921 ein Zuschuß der Provinz von 1 777 000 M. eingestellt. Abgeordneter Dr. Hille (Bürg. F.) bezeichnete den Bericht des Landesarbeitsamts zwar als gut und wegweisend, die Ergebnisse seien aber bisher angesichts der geringen Zahl der vollzogenen Arbeitsvermittlungen sehr dürftig. Abgeordneter Wolter-Potsdam (Unabh.) bezeichnete die Ergebnisse des Landesarbeitsamts als äußerst mangelhaft; das komme daher, daß Beamte die öffentlichen Arbeitsnachweise leiten. Hier müßten gewerkschaftlich gebildete Leute, die Fühlung mit den Arbeitern haben, zur Mitarbeit herangezogen werden. Abgeordneter Rittergutsbesitzer Brase-Linderode (Bürg. Fr.) verwahrte sich dagegen, daß die Landwirtschaft ein besonderes Interesse daran habe, Polen zur Landarbeit heranzuziehen. (?)

Es wurden die Haushaltspläne und Berichte der Stadt- und Landfeuersozietät, der Feuerwehrunfallkasse, der Stadtschaft und Landesbank mitsamt den dazugehörigen Satzungsänderungen, angenommen. U. a. wurde auf Antrag unserer Genossen eine Entschließung angenommen, die der Reichsregierung übermittelt werden soll und worin der Provinziallandtag mit großem Bedauern davon Kenntnis genommen hat, daß die Heeresverwaltung und die staatlichen Heereswerkstätten riesige Mengen von Feuerlöschgeräten und Druckschläuchen, die von den genannten Stellen nicht gebraucht werden, trotz dringlichster Anträge von geeigneten Interessenten zurückbehalten. Der Provinziallandtag bittet die Reichsregierung, den zuständigen Reichsstellen Anweisung zu geben, daß sie Ersuchen öffentlicher Körperschaften auf Ueberlassung von Feuerlöschmaterial unverzüglich entsprechen.

Für die Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Neukölln wurden infolge Auswechslung der während des Krieges verwendeten Ersatzbaustoffe notwendig gewordene höhere Baukosten bis zu 1½ Millionen bewilligt. Der Ausschuß bezeichnete die Neuköllner Anstalt als einen mustergültigen Betrieb.

An alle Parteimitglieder!

An unsere Mitglieder, soweit dieselben während der bevorstehenden Zeit ihre Ferien auf dem Lande verbringen, richten wir die dringende Bitte, diese Tage durch intensive Aufklärung und Agitation für unsere Partei sowie für unsere Presse auszunützen. Ueberall und bei jeder Gelegenheit müssen wir dem wüsten Treiben der Nationalisten entgegentreten, unsere Ziele propagieren und für die U. S. P. D. und unsere Zeitungen werben. Dazu eignet sich die Ferienzeit besonders. Wir sind gern bereit, zu diesem Zwecke Agitationsmaterial zu liefern, sowie (für die gesamte Provinz Brandenburg) die Orte mitzuteilen, wo wir Ortsgruppen resp. Vertrauensmänner besitzen.

U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Der Jüngling mit der Pistole

Eine moderne Liebestragödie lag einer Anklage wegen versuchten Mordes zugrunde, welche das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigt. Angeklagt war der 21jährige Reisende M. St. Der Angeklagte war zu einer 19jährigen Verkäuferin G. K. in nähere Beziehungen getreten, welche jedoch von den Eltern des jungen Mädchens nicht gebilligt wurden. Der sehr willensschwache Angeklagte, welcher nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Hirsch sich in einem mit sog. sexueller Hörigkeit zu begründenden Abhängigkeitsverhältnis zu der K. befand, äußerte seitdem wiederholt den Wunsch, mit der K. gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Zu diesem Zwecke hatte er sich eine mehr als Spielzeug anzusehende Pistole, ein sog. Terzerol, gekauft und ferner in einem Schiebercafé ein weißes Pulver für teures Geld erworben, welches angeblich ein Gramm Morphium darstellen sollte. Mit diesen Mordinstrumenten begab sich St. am 5. Dezember in die Wohnung der Eltern der Braut. Als diese sich in ihrem Zimmer einschloß, kippte der Angeklagte mit theatralischer Gebärde das angebliche Morphium in den Mund und bat die K. vor der verschlossenen Tür, ihm noch zum letzten Male die Hand zu reichen. Als die K. öffnete, setzte ihr St. das Terzerol an die Schläfe und drückte ab. Die Kugel blieb in der Wange stecken. Der Kinderpistolenheld ergriff dann sofort die Flucht, wurde aber von dem Vater und Bruder der K. eingeholt und erhielt eine gehörige Tracht Prügel. Offenbar mit Rücksicht auf diese und ferner auf das Gutachten des Sachverständigen Dr. Hirsch wurden dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete demgemäß auf 2 Jahre Gefängnis.

Wie die Arbeitsgemeinschaft vom Roten Kreuz die erste Hilfeleistung auffaßt, kennzeichnet ein Mitglied der Arbeiter-Samariter an folgendem Vorfall: Am Sonntag, den 22. Mai, wurde der Sohn des Schuhmachermeisters G. von dem Auto J. A. 3808 in der Potsdamer Straße angefahren. Der Zug der Arbeitsgemeinschaft kam zu derselben Zeit an der Stelle vorbei und sah den Unfall mit an. Ein Samariter ging aus dem Zug, notierte die Nummer des Autos und trat wieder ins Glied zurück, ohne dem Knaben Hilfe zu leisten. Da ich gerade vorbeikam und den Verletzten sah, fühlte ich mich als Mitglied der „Arbeiter-Samariter-Kolonne Spandau“ verpflichtet, dem Kinde die erste Hilfe angedeihen zu lassen.

Zusammenlegung von Straßenbahnlinien. Mit der Zusammenlegung von Straßenbahnlinien soll nunmehr begonnen werden. Anfang Juni soll die Linie E, die von Steglitz, Schloßstraße, bis zur Linkstraße fährt, mit der Linie 24, die jetzt die Groß-Görschenstraße mit der Ofener Straße im Norden verbindet, verschmolzen werden, wodurch eine direkte Verbindung zwischen Steglitz—Potsdamer Platz—Moabit—Wedding—Müllerstr. geschaffen wird. Als zweite Linie wird die Linie K, die jetzt von Lichterfelde-West bis Potsdamer Platz geführt wird, mit der Linie 40 zusammengelegt. Hierdurch würde eine direkte Verbindung zwischen Lichterfelde-West über Potsdamer Platz—Hackescher Markt und Swinemünder Straße geschaffen werden. Durch die Zusammenlegung dieser Linien hofft die Straßenbahn Ersparnisse zu erzielen.

Verkehrsstörungen auf der Untergrund- und Vorortbahn. Am gestrigen Vormittag entstand infolge Kurzschlusses auf der Strecke Zoologischer Garten—Potsdamer Platz der Untergrundbahn eine Verkehrsstörung, die nach einer halben Stunde wieder behoben war. Auf der Vorortstrecke Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost—Zossen erlitt ebenfalls am Vormittag die Lokomotive eines der elektrisch betriebenen Züge Defekte, wodurch eine größere Verkehrsstörung entstand. Erst nach über einer Stunde gelang es, den regelmäßigen Verkehr zwischen Berlin—Zossen wieder aufzunehmen.

Aus Anlaß der Neuregelung der Milchverteilung und Festsetzung der Preise hat sich der Magistrat in seiner heutigen Sitzung mit allen einschlägigen Fragen eingehend beschäftigt. Ueber das Ergebnis der Beratung wird sofort weitere Mitteilung ergehen. Die Unterlagen für die Nachricht über eine angeblich beabsichtigte Verteuerung des Milchpreises sind in einer Reihe von Punkten völlig unzutreffend. Vor allen Dingen kann von einer beabsichtigten Verteuerung der Milch um 45 Pfennig zu Lasten des Handels keine Rede sein.

Milchbelieferung für Donnerstag, den 26., und Freitag, den 27. Mai, bleibt wie bisher.

Kirschen kosteten am Mittwoch in Berlin 5, 6 und 7 M. das Pfund und Erdbeeren 15, 16 und 18 M. pro Pfund. Diese Preise sind ebenso hahnebüchen wie die beim Verkauf von Spargel, für den 1—3 M. pro Pfund verlangt wurden.

Die Bewerberlisten für Wohnungsuchende in den Wohnungsämtern Ia bis VIb (früher Wohnungsinspektion 1—10) werden bis zum 30. Juni 1921 geschlossen. Neuaufnahmen finden vor dem 1. Juli 1921 nicht statt.

** **Landwirtschaftliche Spruchkammer für Teltow und Niederbarnim.** Für die Landkreise Teltow und Niederbarnim ist eine Landwirtschaftliche Spruchkammer errichtet, deren Sitz sich jetzt im Teltower Kreishause, Berlin W. 10, Viktoriastraße 18 (Fernsprecher Rollendorf 1690), befindet. Die Kammer ist zuständig für alle Streitfälle in der Land- und Forstwirtschaft, soweit die Arbeitsstätte in den Kreisen Teltow und Niederbarnim gelegen ist.

Gegen Korruption und Bestechung. Der „Verein gegen das Bestechungsunwesen“ hielt am Mittwoch seine Hauptversammlung ab, in der über die Tätigkeit des Vereins im letzten Jahre berichtet wurde. Der Verein sieht seine Hauptaufgabe in aufklärender und vorbeugender Tätigkeit. Im letzten Jahre wurden 30 Strafverfahren durchgeführt. In den meisten Fällen wurden erhebliche Geldstrafen und in zwei Fällen Gefängnisstrafen verhängt. Für die Beratung des neuen Strafgesetzbuches hat der Verein einige Forderungen reserviert. U. a. wird auch eine Bestrafung der aktiven einfachen Beamtenbestechung verlangt. Von den Zeitungs- und Fachzeitschriften-Verlegern wird gefordert, daß sie alle verkappten Bestechungsinserate, überhaupt alle verdächtigen Inserate, ablehnen.

Ein neuer Raubmord? Gestern wurde an der Dovebrücke die Leiche eines älteren Mannes angeschwemmt und dem Schauhause übergeben. Hier wurde der Tote von Familienangehörigen als der 62 Jahre alte Kaufmann Rudolf K. aus Friedenau rekognosziert. Da dem Toten sämtliche Wertsachen fehlten, darunter eine goldene Uhr, eine Brieftasche und ein Portemonnaie, so nehmen die Verwandten an, daß K. gewaltsam ums Leben gebracht worden ist. Die Leiche wird, um die Todesursache festzustellen, geöffnet werden.

** **Der Attentäter vom Wannsee.** Wie erinnerlich, wurde am 22. April am Wannsee ein junges Mädchen von einem Manne

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(61. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Da saß nun Peter, hatte bloß etliche Cents in der Tasche, schuldete bereits seit zwei Wochen die Miete, und seine Hauswirtin lauerte ihm stets im Vorzimmer auf, wie ein Indianer mit einem Tomahawk. Peter machte Einwände, seine dunkle Vergangenheit bei Pericles Priam und im Tempel des Jimjambo, die ihn bereits im Goober-Prozeß als Belastungszeugen untauglich gemacht hatte. Mc Givney erwiderte trocken, mit dieser Entschuldigung käme er nicht weit, er solle ja den bekehrten J. W. W. spielen, je mehr Verbrechen und Gaunereien in seinem Vorleben zu finden waren, desto überzeugter würden die Geschworenen davon sein, daß er ein echter J. W. W. war.

Peter fragte, wann er als Zeuge würde auftreten müssen. In der folgenden Woche, erwiderte Mc Givney. Siebzehn J. W. Ws. sollten wegen Verschwörung abgeurteilt werden, Peter müsse in der Zeugenbank erscheinen, aussagen, wie oft er von den Betreffenden Aufforderungen zur Gewalt gehört habe, wie sie geprahlt hätten, daß sie Scheunen und Weizenfelder angezündet, Phosphorbomben in Heuhaufen versteckt, Kupfernägel in Obstbäume getrieben, Stachel zwischen Sägemaschinen und Schmirgel in Lokomobilen gesteckt haben. Peter brauche sich der Aussage wegen keine Sorgen zu machen, Mc Givney werde ihm alles sagen, er müsse bloß die Worte wiederholen. Außerdem werden ihn die Zeitungen als Helden feiern, werden klarmachen, er habe alles aus den edelsten Beweggründen eines hundertprozentigen Amerikanismus getan und kein Soldat im Krieg habe bessere und gefährlichere Dienste geleistet.

Peter deuchte es, dies könnten die Zeitungen wahrlich sagen, ohne ihr Gewissen mit einer Lüge zu belasten. Mc Givney beruhigte Peter noch weiter, es passe nicht in Guffeys Programm, den Roten zu gestatten, seinen besten Zeugen aus dem Weg zu räumen. Peter werde an einem sicheren Ort versteckt und stets von einer Leibwache beschützt werden. Solange er in der City weilen werde müssen, werde er im Hotel de Soto wohnen.

Damit war selbstverständlich die Sache geregelt. Hier war der arme Peter mit etlichen Cents in der Tasche, und vor ihm stand ein Feuergefährt mit Zauberrossen. Er brauchte bloß einzusteigen, und schon bringen ihn die Rosse auf den Olymp. Peter stieg ein.

74.

Mc Givney brachte Peter in Guffeys Bureau. Guffey vergeudete keine Zeit mit Präliminarien, er öffnete sein Pult, entnahm diesem ein langes, mit der Maschine geschriebenes Dokument, in dem alles enthalten war, was die Staatsanwaltschaft gegen die siebzehn J. W. Ws. beweisen wollte. Zuerst berichtete Peter, was er gesehen und gehört hatte — es war nicht viel, doch genügte es als Haken, an den man die Geschichte hängen konnte. Die Halle der J. W. Ws. war der Sammelpunkt aller obdachlosen Gelegenheitsarbeiter des Landes, der Leute, die von der Welt die härtesten Schläge bekommen — und diese manchmal auch zurückgeben. Es gab keinerlei Ungerechtigkeit, die diese Burschen nicht hätten erleiden müssen, und bisweilen beantworten sie einen Schlag mit einem Schlag. Auch gab es unter ihnen aufbegehrende Naturen, die ihrem Zorn durch Drohungen gegen ihre Feinde Luft machten. Bisweilen fand sich unter ihnen auch ein echter Verbrecher, ein Lockspitzel, ein Peter Gudge oder Joe Engel. Peter erzählte das Aergste, was er von den Verhafteten und über sie gehört hatte, Guffey notierte es und baute dann auf diesem Grund weiter auf. Als Guineß zum Beispiel war mit einem Farmer im Weizenland in Streit geraten; kurze Zeit darauf brannte eine benachbarte Scheune. Guffey würde Peter mit zwei Detektiven in einem Automobil an Ort und Stelle befördern, sie sollten sich das Dorf und die Umgebung gut anschauen, dann müsse Peter aussagen, er, Guineß und sechs andere der Angeklagten hätten die Scheune in Brand gesteckt.

Peter hatte sich gar nicht in derart ernste Dinge einlassen wollen, doch benahm sich Guffey so geschäftsmäßig, fand alldies so selbstverständlich, daß Peter nicht wagte, seine Feigheit zu zeigen. Schließlich war Krieg, Hunderte von Menschen verloren täglich ihr Leben in den Argonnen, weshalb sollte nicht auch Peter etwas riskieren, um die gefährlichsten Feinde des Vaterlandes zu vernichten?

Peter und die beiden Detektivs fuhren im Automobil aufs Land. Dann kehrte Peter zurück, richtete sich behaglich im zwölften Stock des Hotels de Soto ein, studierte dort eifrig die Dokumente, die ihm Mc Givney brachte, lernte seine Aussage auswendig. Auf dem Korridor vor Peters Zimmer schritt unablässig einer von Guffeys Leuten mit dem Revolver an der Seite auf und ab. Dreimal am Tag wurden Peter seine Mahlzeiten gebracht, dazu eine Schachtel Zigaretten und eine Flasche Bier. Zweimal täglich las Peter in der Zeitung Berichte über die Heldentaten unserer Jungens dort drüben und auch über die Bombenverschwörungen, die unaufhörlich im Lande entdeckt, und über die verschiedenen Spionageprozesse, die geführt wurden.

Peter erlebte auch die Freude, in einer „wirklichen“ Zeitung seinen Namen zu lesen. Bisher war dieser bloß in der „Trompete“ und anderen sozialistischen Zeitungen, die nicht zählten, gedruckt worden, nun aber brachte die „Times“ einen langen Bericht, wie die Staatsanwaltschaft bei den J. W. Ws. einen Geheimagenten eingeschmuggelt hatte und wie dieser Mann, dessen Name Peter Gudge war, seit zwei Jahren für die Agentur arbeite und als Zeuge die ganze Infamie der J. W. Ws. beweisen werde.

Zwei Tage vor Beginn der Verhandlungen wurde Peter, von Mc Givney und einem anderen Detektiv begleitet, in das Bureau des Staatsanwaltes geführt. Hier verbrachte er den halben Tag in Besprechungen mit Herrn Burchard und dessen Gehilfen Herrn Stannard, die den Prozeß führen sollten. Mc Givney hatte Peter gewarnt, der Distrikt-Staatsanwalt sei nicht eingeweiht, halte Peters Aussage für wahr, doch glaubte Peter, dies sei erlogen, solle bloß dazu dienen, Herrn Burchard die peinliche Lage zu ersparen, den Staatsanwalt zu decken, falls Peter falsch spiele. Peter bemerkte auch, daß Herr Burchard und dessen Gehilfe jedesmal, wenn Peter in seiner Aussage eine Lücke ließ, ihn aufforderten, diese auszufüllen. Und Peter erriet auch stets richtig, wie er dies zu tun habe.

(Fortsetzung folgt.)

überfallen und mit einem Messer so übel zugerichtet, daß es noch heute im Lichterfelder Krankenhaus schwer daniederliegt. Nach den bisherigen Ermittelungen scheidet ein Mann in Försteruniform völlig aus. Es kommt vielmehr ein junger Mann in Frage, der in der Mitte der zwanziger Jahre steht. Er ist höchstens mittelgroß, hat ein schmales eingefallenes Gesicht mit tiefliegenden Augen und den ausgeprägten Gesichtsausdruck eines Sadisten. Er hatte sich schon zwei Tage vorher in verdächtiger Weise an badende Kinder herangemacht und war beim Nahen Erwachsener über einen Zaun geflohen. Er trug nach Aussagen verschiedener Zeugen einen abgetragenen grauen Sommerpaletot mit Rückengurt. Da ein Mann von solcher Veranlagung seine Attentate zu wiederholen pflegt, ist den Spaziergängern äußerste Vorsicht zu empfehlen. Wer irgendwelche Wahrnehmungen in dieser Beziehung gemacht hat, möge sich bei den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Bünger, im Zimmer 190 a des Polizeipräsidiums melden.

Ein neuer „Gutsverkäufer" verhaftet. Der Raubmord an dem Landwirt Gröschke im Walde zwischen Mückendorf und Neuhof bei Zossen ist noch unaufgeklärt. Bei den Nachforschungen ist man aber jetzt auf einen anderen „Gutsverkäufer" gestoßen, der anscheinend mit dem Mörder in Verbindung gestanden hat. Dieser, der Schankwirt Willy Martens, aus der Braunsberger Str. 21, wurde verhaftet. Erwiesen ist, daß er ähnlich wie der Mörder des Landwirts Gröschke vorgegangen ist und auch Opfer gefunden hat. Der Verhaftete gibt an, daß er mit der Ermordung Gröschkes nichts zu tun habe und auch den angeblichen Max Lehmann nicht kenne. Er will den Betrug auf eigene Faust verübt haben, und zwar, nachdem er selbst von einem anderen um 1000 Mark geprellt worden sei. Wer aber dieser andere ist, will er nicht wissen. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß Martens, wenn er, wie er dem Schankwirt zeigte, einen ganzen Rucksack voll Bewerbungen um das angezeigte Besitztum erhalten hat, auch mit anderen als dem Schankwirt aus Lichtenberg in Verbindung getreten ist. Auch diese Personen wollen sich umgehend melden.

Das Institut für „Körperpflege", das von dem Apotheker Heiser in der Steglitzer Straße 43 betrieben und unter dem Namen „Mutabor" verschleiert, aber doch durchsichtig genug, angepriesen wurde, beschäftigt die Kriminalpolizei nach der Aushebung der Lasterhöhle noch weiter. Es handelt sich nicht allein um Vergehen gegen das keimende Leben, sondern auch noch um andere schwere Verfehlungen. Heiser, der als Wüstling schon länger bekannt war, gegen den und dessen Institut man jedoch bisher nicht einschreiten konnte, weil es noch an den erforderlichen sicheren Unterlagen fehlte, wird auch beschuldigt, sich oft an Frauen und Mädchen, die die „Hilfe" seines Instituts in Anspruch nahmen, selbst noch vergangen zu haben.

In einer Sandgrube begraben und erstickt. An der Industriebahn, nahe der Bahnlinie Tegel—Schulzendorf, ist wegen Erdarbeiten ein Sandberg von etwa vier Metern Höhe aufgeworfen worden. Gestern nachmittag spielten der 11jährige Sohn Walter der im Hause Brunowstraße 4 in Tegel wohnenden Frau Glaser und mehrere andere Knaben auf diesem Sandplatz und schaufelten eine Grube aus. Walter sprang als erster hinein. Unmittelbar darauf kamen die Sandmassen ins Rutschen und begruben den Knaben unter sich. Anstatt dem Verschütteten zu helfen, liefen die anderen Knaben weg und überließen ihren Spielkameraden seinem Schicksal. Selbst als die geängstigte Mutter nach dem Verbleib ihres Sohnes fragte, verschwiegen die Knaben aus Furcht vor einer evtl. Strafe den Vorgang. Erst am nächsten Morgen schilderten sie das Begebnis, und nun begab sich Frau Glaser sofort nach der Unglücksstelle und grub ihren Sohn aus. Natürlich war der Tod infolge Erstickens längst eingetreten.

Städtische Auskunft- und Beschwerdestelle in Neukölln. Die von der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln im neuen Rathause, Berliner Straße 63, 1 Treppe, Zimmer 148, eingerichtete Beschwerdestelle ist an jedem Donnerstagnachmittag von 5—7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Bezirksverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft entgegenzunehmen. Die Stelle ist außerdem an sämtlichen Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt statt. Dirigent: S. Meyrowitz, Solist: Konzertmeister H. Kramer. Programm u. a.: Beethoven, Paganini, Schubert und Liszt. Eintrittskarten a 1,50 M. im Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 15, Zigarrengeschäft Moabit, Stromstr. 67, Buchhandlung „Vorwärts", Lindenstr. 2, Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9, Orchesterbureau, Lützowstr. 76, sowie an der Abendkasse.

Reichs-Arbeiter-Sporttag. Bund der Arbeiter-Musikvereine. Zur Demonstration am Sonnabend, den 28. Mai, begeben sich alle Bundesvereine, die nicht anderweit eingeteilt sind, nach dem nächstliegenden Sammelpunkt. Mandolinenvereine, die in der Lage sind, Marschmusik zu machen, wollen dies dem Zugeinteiler melden, damit entsprechende Einrangierung erfolgen kann. Sämtliche Bundesvereine versammeln sich sofort nach Eintreffen im Lustgarten auf der Domtreppe. Am Sonntag, den 29., treffen sich die Bundesvereine beider Gruppen im Stadion um ½5 am Haupteingang unterm großen Tunnel. Bläservereine haben hierzu folgende Piecen mitzubringen: Amazonen-Ouvertüre, Hoch Heidecksburg, Wiener Bürger-Walzer. Genossen, zeigt an diesen Tagen, daß auch unsere noch junge Organisation bereits Vollwertiges leistet, und sorgt dafür, daß jeder Verein geschlossen teilnimmt.

Filmschau. „Neue Philharmonie-Lichtspiele", Köpenicker Str. 96-97. Es lohnt sich, den Film, „Der Mann ohne Namen", nach Seligers Roman „Peter Voß", der Millionendieb", anzusehen. Wunderbare Naturaufnahmen aus aller Herren Länder wechseln mit humorvollen Intermezzis. — Der zweite Film „Halemanns Töchter" ist der typische Film des Bourgeois. Honett, spießbürgerlich, anständig, ohne Aufregung. Bei der „Messter-Woche" ist richtig zu stellen, daß die Maidemonstration im Lustgarten keine Demonstration der drei sozialistischen Parteien war, sondern nur der USP. — Die Gesangseinlage der Frau Hingst, die ein einfaches, aber schönes Volkslied zum besten gibt, bildet eine angenehme Abwechslung. — Die Musikbegleitung der Filme könnte besser sein.

Straßenbahn-Spätverkehr von und nach Neukölln. Die Abfahrtzeiten der spätabends von und nach Neukölln verkehrenden, sowie der Neukölln berührenden Straßenbahnen sind bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: Linie 5: 11,01 Uhr ab Huttenstraße nach Hermannplatz (über Luisenplatz), 10,16 Uhr ab Turmstraße nach Hermannplatz (über Rosenthaler Tor); Linie 7: 11,10 Uhr ab Herthastraße, 11,50 Uhr ab Potsdamer Platz; Linie 15: 11,33 Uhr ab Ringbahnhof Neukölln, 10,23 ab Bremer Straße; Linie 19: 10 Uhr ab Steinmetz- Ecke Hermannstraße, 10,49 Uhr ab Alexanderplatz; Linie 21: ab 9,27 Uhr Britz, Rathaus, ab 10,40 Uhr Wilhelmshavener Straße; Linie 22: 10,01 Uhr ab Köllnische Allee, 11,32 Uhr ab Seestraße; Linie 27: 10,48 Uhr ab Richardplatz, 9,58 Uhr ab Rammlerstraße; Linie 28: 11,37 Uhr ab Britz, 11,03 Uhr ab Wittenau bis Buckow; Linie 29: ab 7,36 Uhr Britz, ab 9,01 Uhr Seestraße; Linie 46: 10,14 Uhr ab Köllnische Allee, 11,27 Uhr ab Bornholmer Straße; Linie 47: ab 12,42 Uhr Justusstraße, ab 11,10 Uhr Nordend bis Britz; Linie 48: 10,33 Uhr ab Rudower Straße, 10,50 Uhr ab Pankow, Lindenpromenade; Linie 53: 9,35 Uhr ab Steinmetz- Ecke Hermannstraße, 10,21 Uhr ab Danziger Straße; Linie 55: 12,13 Uhr ab Britz, Rathaus, 1,15 Uhr ab Behrenstraße; Linie 58: ab 9,48 Uhr Britz, ab 10,59 Uhr Samariterstraße; Linie 65: 11,05 Uhr ab Kaiser-Friedrich- Ecke Teupitzer Straße, 10,09 Uhr ab Samariterstraße; Linie 89: 9,49 Uhr ab Wildenbruchplatz, 10,50 ab Zoologischen Garten; Linie 94: ab 9,50 Uhr Britz, ab 10,44 Uhr Dönhoffplatz; Linie C: 9,51 Uhr ab Ringbahnhof Neukölln, 11,02 Uhr ab Ringbahnhof Halensee; Linie P: 10,58 Uhr Ringbahnhof Neukölln, 11,14 Uhr ab Spandau Hakenfelde; Linie R: 11,28 Uhr ab Wildenbruchplatz, 9,22 Uhr ab Spandau-Pichelsdorf; Linie I: 9,43 Uhr ab Ringbahnhof Neukölln, Richtung Hermannplatz, 9,43 Uhr ab Ringbahnhof Neukölln, Richtung Britz; Linie V: 10,29 Uhr ab Neukölln Ringbahnhof, 11,03 Uhr ab Händelplatz.

Gewerkschaftliches

Ein Mahnruf an die Eisenbahner

Wir haben bereits vor einiger Zeit in einem Artikel, der uns von einem Eisenbahnbetriebsrat zugegangen war, darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bestimmungen des Tarifvertrages, die den Achtstundentag festsetzen, fortdauernd verletzen. Wir haben die Eisenbahner davor gewarnt, auf die Lockungen der Dienststellenleiter einzugehen und haben sie darauf aufmerksam gemacht, daß jede Ueberschreitung des Achtstundentages einem unsolidarischen Verhalten gegenüber den Arbeitslosen gleichkommt. Jetzt sendet uns auch der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Groß-Berlin, eine Zuschrift, die unsere Darstellung über die Zustände bei der Eisenbahn vollkommen bestätigt und in der vor der Durchbrechung des Achtstundentages gewarnt wird. Darin heißt es:

Haltet fest am Achtstundentag! Durchbrecht nicht die 48-Stunden-Woche!

Trotz des abgeschlossenen Tarifvertrages besteht neben ihm noch eine ministerielle Verfügung vom März 1919, wonach jedem Bediensteten, der **durch Arbeit am siebenten Tage sein Einkommen erhöhen will,** dazu Gelegenheit gegeben werden kann. Leider ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, die Verwaltung zur Rücknahme der Verfügung zu bewegen. Die Verwaltung erklärt, und das ist bezeichnend für einen Teil der Eisenbahner, daß sie durch eine große Zahl von mündlichen und schriftlichen Anträgen der Bediensteten zu der Herausgabe der Verfügung veranlaßt worden ist. **Fest steht, daß ein erheblicher Teil der Eisenbahner sieben Tage arbeitet,** und daß es nicht immer die Bedürftigsten sind, sondern zum Teil Elemente, die durch ihr egoistisches Verhalten in gewissenloser Weise der Verwaltung die Mittel in die Hand geben, die ihr so verhaßte 48-Stunden-Woche auf eine feine Art und Weise zu beseitigen. Die Verwaltung weiß genau, daß sich unter den Bediensteten ein großer Teil Wankelmütiger befindet, die dem schlechten Beispiel folgen, die infolge ihrer mangelhaften gewerkschaftlichen Disziplin nicht den Mut und die Energie aufbringen, um der Versuchung zu widerstehen. Weil diese Seuche immer mehr um sich greift, wenden wir uns in aller Oeffentlichkeit an euch Eisenbahner mit dem Ruf: „Laßt ab von dem euch selbst und die Allgemeinheit schädigendem Treiben. Arbeitet nicht mehr als 48 Stunden in der Woche. Fordert außerdem die euch zustehenden zwei dienstfreien Sonntage im Monat. Dann werdet ihr sehen, daß die Behauptung der Verwaltung, daß noch Tausende von Arbeitern zuviel beschäftigt werden und entlassen werden müssen, sich als nicht wahr herausstellen wird."

Klingt es nicht wie ein Hohn? Tausende sollen zuviel sein, und die Verwaltung bringt es nicht fertig, den Dienststellen die fehlenden Bediensteten zu stellen! Von vielen Dienststellen werden Bedienstete bei den Aemtern und bei der Direktion gefordert. Es wird ihnen aber gesagt: „Neueinstellungen dürfen nicht erfolgen. Versucht mit den auf den Dienststellen vorhandenen Leuten auszukommen."

Eisenbahner! Macht die Hoffnung der Verwaltung zuschanden, so schwer es euch fallen möge. Tut ihr das, so wird die Verwaltung gezwungen sein, Neueinstellungen vorzunehmen. Eisenbahner, denkt an die Tausende und aber Tausende von Arbeitslosen! Denkt euch in ihre elenden Behausungen hinein. Denkt daran, daß sie und ihre Angehörigen in grauem Elend verkommen. Denkt an die Kriegskrüppel, Waisen und Witwen. Denkt an die Tausende von Kurzarbeitern, und denkt daran, daß, wenn alle eurem Beispiel folgen würden, auch ihr eines Tages in dieses entsetzliche Elend gestoßen werden könnt. Merkt ihr gar nichts von dem Kampf der Organisationen, der Parteien mit den Behörden und in den Parlamenten für die **Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit?** Merkt ihr nichts von der Sabotage der Unternehmer, wie sie ihre Betriebe immer mehr einschränken und immer mehr stillegen? Merkt ihr gar nicht, wie immer mehr fleißige Arbeiter in das große Heer der Arbeitslosen hineingestoßen werden? Nein, ihr merkt nichts! Ihr habt ja noch Arbeit, **sogar sieben Tage in der Woche!** Euch kann ja nichts passieren. Ihr steckt den Kopf in den Sand. Ihr wollt das Elend eurer Arbeitsbrüder nicht sehen. Ihr duckt euch, ja, ihr begeht sogar die Torheit und tragt dadurch, daß ihr sogar sieben Tage arbeitet, mit dazu bei, daß die Verwaltung, wiewohl es in vielen Dienststellen an Arbeitskräften fehlt, **keine Neueinstellung vornehmen braucht.**

Und nun denkt an die Verhältnisse vor dem Krieg. Ihr erlebtet eine Zeit, wo unzählige eurer Klassengenossen schwere Opfer für die Erkämpfung des Achtstundentages brachten. Ihr mußtet Gewehr bei Fuß dabeistehen. Der preußische Kommisstiefel trat euch nieder. Doch euer heißes Sehnen ging dahin, auch einmal von dem langen Arbeitstag befreit zu sein. Endlich mit Ausbruch der Revolution legt man euch das Kleinod, den Achtstundentag, in den Schoß. Endlich hattet ihr auch Zeit für euch selbst, endlich konntet auch ihr ein Familienleben führen, endlich unter Klassengenossen und Kollegen weilen, um euch Wissen und Aufklärung zu holen. Ihr waret endlich befreit von dem unerträglichen Druck des preußischen Kommisstiefels. Wir fragen euch: **Soll das alles nur ein kurzer Traum gewesen sein?** Merkt ihr denn gar nicht, daß euch alles wiedergenommen wird, daß ihr mit aller Macht wieder in die Verhältnisse wie vor dem Kriege hineintreibt? Ihr Kollegen alle, auch ihr, die ihr erst nach dem Kriege bei der Bahn in Arbeit tratet und schon vordem als organisierte Arbeiter mit euren Berufskollegen den Klassenkampf führtet, **wollt ihr durch euer Verhalten mit dazu beitragen, die alten Verhältnisse wieder zu schaffen?** Könnt ihr das mit eurem Gewissen vereinbaren? Wenn ihr euch nicht der Verachtung eines jeden anständig denkenden Arbeiters aussetzen wollt, dann laßt ab von eurem verwerflichen Handeln. **Schützt mit uns den Achtstundentag!** Der einzelne darf sich in seiner Verblendung und Rücksichtslosigkeit nicht dazu hinreißen lassen, sich zum Schaden der Allgemeinheit Vorteile zu schaffen, sondern er muß als Glied der Organisation in gemeinsamem Handeln die wirtschaftliche Besserstellung der Eisenbahner erkämpfen helfen.

Ein Feigling der, der seine Klassengenossen und Arbeitsbrüder im Kampfe verläßt, der wartend abseits steht, bis er sieht, wo der Sieg hinneigt, um sich dann zu entscheiden.

Provokationen der Schichauwerke

Wir berichteten bereits kurz über die Aussperrung der Arbeiter der Schichau-Werke in Elbing. Wir sind nun in der Lage, auf Grund authentischer Nachrichten folgendes mitzuteilen: Die Arbeiterschaft arbeitete unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen, und die Firma erklärte, sie sei außerstande, dieselben Löhne wie die übrigen Industriellen des Ostens zu zahlen. Trotz zunehmender Beschäftigung der Werke blieb es bei den unzulänglichen Löhnen, so daß die Arbeiter in äußerst schwierigen Verhältnissen zu leben gezwungen waren. Am 27. April wurden erneut Lohnforderungen gestellt, die bei den Verhandlungen am 13. und 19. Mai brüsk abgelehnt wurden. Auch die vom Betriebsrat gemilderten Forderungen erfuhren das gleiche Schicksal. Die Firma war auch nicht gewillt, Sommerurlaub zu gewähren, denn auf einmal waren **„dringende Aufträge"** zu erledigen. Lediglich 2 Wochenlöhne wollte die Firma, zahlbar im Juni und im Oktober, zugestehen. Diese Methoden führten zu einer spontanen Demonstration. Der Betriebsrat beruhigte aber die Arbeiter, so daß die Ruhe im Betrieb aufrechterhalten blieb. Die Firma erließ nun **provozierende Anschläge** und drohte mit der Schließung der Betriebe. Die Arbeiter verlangten die Entfernung dieser Provokationen, was nun für die Direktion der Anlaß war, den sie vielleicht suchte, den Betrieb zu schließen. Bemerkenswert ist die einmütige Stellungnahme aller freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafter in der Abwehr dieses reaktionären Scharfmacherstandpunktes, der sich als ein infamer Gewaltstreich in Reinkultur entpuppt. Alle diese, in verschiedenen Verbänden organisierten Arbeiter, erwarten deshalb, daß der ihnen von der Firma aufgezwungene wirtschaftliche Kampf in allen Bevölkerungskreisen weitgehendes Verständnis findet.

Ultimatum der Gemeindearbeiter

Ueber die Nichtanerkennung des Schiedsspruches seitens der Gemeinde gegenüber der Lohnstreitsache des Tarifkartells der freien Gewerkschaften berichteten wir am 17. Mai. Es handelt sich um eine minimale Stundenlohnerhöhung von 10 Pfennig, die die Schwerarbeiter bekommen sollen. Der Magistrat negierte den Schiedsspruch mit der Argumentation, er müsse erst wissen, welche Kategorien von Arbeitern in den — Genuß dieser fabelhaften Zulage kämen. Die Verhandlungen ziehen sich endlos hin, ohne zu einem Resultat zu kommen. Die betreffenden Organisationen taten ihr Möglichstes, um zu einer Regelung zu gelangen. Laut einer Zuschrift des Betriebsrates haben nun die Gemeindearbeiter dem Magistrat bis heute Donnerstag ein Ultimatum gestellt und verlangen die Anerkennung des Schiedsspruches, die diese kleine Lohnzulage vorsieht, ansonsten sie gewillt sind, Kampfmittel anzuwenden.

Wir hoffen, daß der Magistrat diese Angelegenheit schnellstens in Ordnung bringt, ohne Kämpfe der Arbeiterschaft, durch die die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden kann, heraufzubeschwören.

Filmvorführung mit Begleitvortrag über Geschlechtskrankheiten

Die Berliner Gewerkschaftskommission macht auf die letzten Vorführungen aufmerksam, die heute in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Sybelstraße 2, nachmittags 4, 6 und 8 Uhr, stattfinden. Die Vorführung um 4 Uhr ist für Personen weiblichen Geschlechts, bei der eine Aerztin den Begleitvortrag hält. Bei der Vorführung um 6 Uhr soll besonders auf Jugendliche Rücksicht genommen werden. Eintrittskarten zum Vorzugspreis können noch im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, I, Zimmer 13, in Empfang genommen werden.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgewerbe

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. Mai 1921 folgendes:

Am Schluß des 4. Quartals waren in 334 Filialen 52 908 männliche und 76 713 weibliche, zusammen 129 621 Mitglieder vorhanden.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im Monat April haben 115 Filialen mit 35 867 männlichen und 60 452 weiblichen, zusammen 93 319 Mitgliedern berichtet. Es ist demnach über 74,3 v. H. der Mitglieder berichtet worden. In 55 Filialen mit 2932 männlichen und 4404 weiblichen, zusammen 7336 Mitgliedern waren Arbeitslose oder verkürzt Arbeitende nicht vorhanden. Hingegen waren in 60 Filialen mit 32 935 männlichen und 56 048 weiblichen, zusammen 88 048 Mitgliedern 705 männliche gleich 2,1 v. H. und 1376 weibliche gleich 2,5 v. H., zusammen 2081 Mitglieder gleich 2,3 v. H. arbeitslos. Verkürzt arbeiteten 1219 männliche gleich 3,7 v. H. und 1957 weibliche gleich 3,4 v. H., zusammen 3176 Mitglieder gleich 3,6 v. H. Gegenüber dem Vormonat ist eine ganz unbedeutende Senkung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Da in den Monaten März und April der Vorkriegszeit Tausende von Arbeitskräften in der gesamten Bekleidungsindustrie gesucht wurden, jetzt aber immer noch Arbeitskräfte überzählig sind, ist von einer günstigen Geschäftskonjunktur noch nichts zu spüren.

Betriebsräteschule. Montag, den 30. Mai 1921, beginnt im Psychologischen Institut, ehemaliges Königliches Schloß, Eingang Schloßfreiheit, nachmittags 5 Uhr, ein Kurs über „Wirtschaftspsychologie". Anmeldungen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte bei Beginn des Kurses in der Schule. Karten können nachträglich bis zum 2. Kursabend gelöst werden im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engelufer 14-15, 2. Hof I. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

„Der Schrei nach dem Gesindedienstbuch!" Mit diesem Thema wird sich eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Hausangestellten am Donnerstag, den 26. Mai, abends 7½ Uhr, in den Spichern-Sälen, Spichernstr. 3, beschäftigen. Alle Hausangestellten und Freunde der Bewegung sind hierzu eingeladen.

Gewerkschaftsversammlungen

Freie Lehrergewerkschaft. Donnerstag, abends 6 Uhr, Sophiengymnasium, Weinmeisterstr. 15, dringende Sitzung. Jeder muß kommen, besonders die Obleute der Bezirke.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Sämtliche Distriktsleitungen der Stadtgemeinde Berlin werden ersucht, umgehend die Namen und Adressen der Obleute der Landagitationskommissionen dem Verbandsbureau mitzuteilen, da in kurzer Zeit eine Konferenz mit den Obleuten stattfindet. Jeder Distrikt muß eine Landagitationskommission, diese wieder einen Obmann haben.

Donnerstag, 26. Mai

7. Distrikt. 7 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Schulze, Romintener Straße 24. Erscheinen aller Genossen notwendig.

16. Distrikt. Abends 7 Uhr Zusammenkunft aller Mitglieder der Bildungskommission bei Kaiß, Tegeler Straße, Ecke Sprengelstraße.

18. Distrikt. Heute abend 8 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Schnymann, Stettiner Str. 11.

Mariendorf. Abends pünktlich 8 Uhr dringende Sitzung der Bildungskommission und aller mit dem Verkauf der Karten zu unserem heiteren Kunstabend „Alt-Berlin" betrauten Genossen im Zimmer 26 des Rathauses Mariendorf.

Charlottenburg. 6. Abteilung (Gruppe). Abends 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Mürk, Goethestr. 56.

Charlottenburg. Heute 7 Uhr große öffentliche Frauenversammlung. Ref.: Genosse Dr. Meier: „Massenelend und Gebärzwang", im Rathaus, Festsaal.

Freitag, 27. Mai

7. Distrikt, 3. Verw.-Bez. Wedding (2. und 3. Abt. alten 11. Distrikts). Abends 7 Uhr findet bei Klatt, Bernauer Str. 14, eine gemeinsame Abteilungsversammlung statt. Tagesordnung: Wahl der Abteilungsfunktionäre. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

13. Distrikt. Abends 6½ Uhr in der Schulaula, Sonnenburger Str. 20, Distriktsversammlung. 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Vortrag des Genossen Bauer über den Ausbau der Stadtgemeinde Berlin.

16. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungssitzungen. 1. Abt. bei Max Otto, Schulzendorfer Str. 14. 2. Abt. bei Torlowski, Gerichtstr. 18. 3. Abt. bei Barleben, Burgsdorf-, Ecke Wildenowstraße.

17. Distrikt. Die Funktionäre des Stadtbez. 300 (Virchow-Viertel) beteiligen sich an der Abteilungssitzung der 5. Abteilung des 16. Distrikts.

17. Distrikt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 6½ Uhr in ihren Zahlabendlokalen zu einer sehr wichtigen Flugblattverbreitung.

17. Distrikt. Kinder, welche an der Tour am Sonntag, den 29. Mai, teilnehmen wollen, kommen abends 5 Uhr zu einer Besprechung zusammen bei Kroll, Utrechter Str. 21.

18. Distrikt. 3. Abteilung. 7½ Uhr Abteilungssitzung bei Knapp, Greifenhagener Straße 6.

Kommunale Kommission Groß-Berlin. Abends 6½ Uhr Vollversammlung der kommunalen Kommission im Rathaus, Sitzungssaal. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Wenl: „Jugendamt". 2. Neuwahl. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Berlin-Mitte. Kinderschutz- und Frauenarbeitskommission. Abends 7 Uhr bei Lehmann, Melchiorstr. 21. Es ist dringend notwendig, daß alle Helferinnen und Funktionärinnen der beteiligten Stadtbezirke pünktlich erscheinen.

Hohenneuendorf. Abends 7½ Uhr öffentliche Versammlung bei Klaus, Schönfließer Str. 17. Tagesordnung: Petition gegen die §§ 218—20 (Gebärzwang).

Vereinskalender

Freitag, 27. Mai

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Versammlung aller Stepperinnen der Haus- und Filzschuhindustrie im Lokal Köpenicker Str. 127a. Tagesordnung: Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Fabrikanten über die Neuregelung der Akkordsätze.

Geschäftliches

In dem heutigen Inserat kündigen die Kleiderwerke Baer Sohn, alleinige Verkaufsstelle Chausseestr. 29-31, Touristenkleidung zu sehr mäßigen Preisen an. Daneben bietet die Firma zu ebenfalls sehr billigen Preisen an: Filzhüte, Strohhüte, Stepphüte, Sporthemden, Stutzen, Rucksäcke und Unterwäsche.

Familienkonflikte

Wenn die Kinder hübsch artig sind, ihren Eltern immer gehorchen, deren Meinung stets als die richtige ansehen, kurz immer und überall sich die Bevormundung gefallen lassen, dann gibt es zwischen Eltern und Kindern, zwischen älterer und jüngerer Generation keine Konflikte. Diese kommen erst dann, wenn der Geist der Kinder andere Wege sucht, und diese Wege den Eltern nicht gefallen. Dann, wenn die Meinungen aufeinanderplatzen wie Hagelkörner ins blühende Korn, dann werden jene menschlichen Konflikte geboren, die zwischen Vater und Sohn, zwischen Mutter und Tochter einen gähnenden Abgrund schaffen.

Ein sehr kluger, fortschrittlich gesinnter Mann hat einmal folgendes gesagt: Wenn meine Kinder groß sind, werde ich es machen wie jener Amerikaner, der seinen des Schwimmens unkundigen Sohn ins Wasser warf mit der Begründung: Taugt der Junge etwas, so wird er prustend und Wasser schluckend, ringend und kämpfend das Ufer erreichen. Taugt er nichts, so wird er untergehen und ertrinken — dann ist es aber nicht schade um ihn.

Wenn wir diese bildliche Sprache ins Reale übersetzen, so wollte dieser Mann folgendes sagen: Ich werde meine Kinder, sobald sie danach trachten, ins Leben hinausschwimmen lassen, selbständig, ohne Bevormundung und ohne Aufsicht. Wenn sie etwas taugen, so werden sie den Kampf des Daseins bestehen — wenn sie nichts taugen, so werden sie zerschellen an den Klippen des Lebens — dann ist es auch nicht schade um sie.

Viele werden diesen Mann einen gemütsrohen, harten Vater schelten, den wenigsten wird zum Bewußtsein kommen, welch idealer Erzieher dieser Mann war und wie schön es wäre, wenn die Eltern ihren Kindern die heißersehnte Selbständigkeit gewährten, nach denen gerade intelligente Kinder trachten, nämlich just jene, die „etwas taugen".

Denn es kommt im Leben nicht darauf an, ob sich die Kinder genau so entwickeln, wie ihre Eltern es wünschen. Es kommt darauf an, ob ihre Eigenart zur Blüte kommt. Die meisten Eltern aber geben sich redlich Mühe, jede Eigenart zu ersticken.

Wieviel wird gesündigt am erwachenden Geist der Jugend. Sitten, Schule, Erziehung und Familie bemühen sich, Schablonenmenschen zu schaffen. Um gegen diese vierfache Autorität sich zu behaupten, bedarf es oft einer Charakterfestigkeit, die junge Menschen nicht haben, sondern nur instinktiv innerlich empfinden.

Bei Familienkonflikten müssen sich also Eltern sehr prüfen, ob nicht sie die Schuld tragen, ob nicht sie das reaktionäre Element sind, die die nach Freiheit dürstende Jugend unterdrücken.

Wir müssen die Jugend schwimmen lassen, wir müssen ihr Gelegenheit geben zur Selbständigkeit, wir müssen es wagen, Burschen und Mädel sich selbst zu überlassen. Laßt sie „die Köpfe einrennen", laßt sie Unannehmlichkeiten bestehen, laßt sie ihren Weg wählen.

Wenn sie nichts taugen, so werden sie — vielleicht — zugrundegehen, wenn sie wahrhafte Menschen sind mit Eigenart und Selbständigkeit, so werden sie ihren Weg zu finden wissen und ihren Eltern einst danken, daß diese sie selbständig schwimmen ließen.

Aimée Köster.

Unser Modenteil

Unser heutiger Modeteil behandelt Kinderkleider. Das Schneidern von Kindergarderobe ist die leichteste, außerdem die wichtigste Schneiderei und es gibt kaum eine Mutter, die nicht schon ein Kinderkleid hergestellt hat. Gewiß ist noch nie ein Meister vom Himmel gefallen. Wer aber mit gutem Willen, Ernst und Fleiß an eine Arbeit geht, dem wird sie auch gelingen. Wir aber wollen den guten Willen unserer Frauen unterstützen durch praktische Vorlagen. Und zwar haben wir heute drei hübsche Kinderkleider gewählt, ein reizendes Höngerchen mit eingearbeiteten, gestickten Quadraten für ein zwei- bis vierjähriges Kind, ein Mädchenkleid mit plissiertem oder eingereihtem Röckchen für ein vier- bis sechsjähriges Mädchen und einen Knabenanzug, bestehend aus kurzer Hose, Leibchen und offener Jacke für einen Jungen von sieben bis neun Jahren. So haben wir für verschiedene Altersstufen gesorgt. Wir hoffen, daß die Mütter unter unseren Leserinnen sich mit Lust und Freude ans Schneidern machen werden.

Das Verändern der Schnitte

Besonders bei Kinderschnitten wird sich der Fall stets wiederholen, daß der angebotene Schnitt für das Alter und die Größe nicht immer paßt. Wenn der Altersunterschied nicht zu groß ist, nämlich etwa ein bis zwei Jahre, so läßt sich der Schnitt verwenden. Im allgemeinen verfahre man folgendermaßen. Man hält den Schnitt an das Kind und prüft Länge und Weite. Ist der Schnitt zu klein, so gibt man an allen Konturen des Schnittes einen bis zwei Zentimeter zu, am unteren Rande aber noch mehr, damit man durch einen breiten Saum auch späterhin nachhelfen kann, wenn das Kind wächst.

Ist der Schnitt augenscheinlich zu groß, so schneidet man den Schnitt zu ohne Nahtangabe.

Das Verkleinern und Vergrößern eines Schnittes läßt sich nach und nach durch Uebung und Geduld sehr gut erlernen.

Salmiakgeist. Man kann Flecken aus reinwollenen Stoffen von echter Farbe auch mit Salmiakgeist entfernen. Zum Ausflecken eines Rockes oder eines Kleides rechnet man auf ein halbes Liter Wasser einen bis zwei Löffel Salmiakgeist. Der Rock ist vorher gut auszuklopfen und abzubürsten, wird dann auf ein Plättbrett gelegt und sorgfältig mit einem feuchten Tuche abgerieben. Das Salmiakwasser muß gut warm sein und wird erneuert, sobald es trübe ist. Ist das Kleidungsstück rein, d. h. hat man es an allen Stellen gut durchgerieben, so wird es auf der Kehrseite gebügelt. Salmiakgeist ist dem teuren Benzin in mancher Weise vorzuziehen.

Die alte Jungfer

Von Rosa Müller

Ein blühendes Geschöpf war sie. Elastisch und biegsam war ihr schlanker Körper, aber rot und verarbeitet waren ihre Hände; denn sie war Dienstmädchen, und sie war 21 Jahre alt. Seit dem Verlassen der Schule war sie bei fremden Leuten. Sie wußte nichts von Tanzstunden, Bällen oder gar von Liebesständelein. Arbeit und Entbehrungen waren ihr dafür um so vertrautere Dinge; denn im Elternhaus herrschte die Armut und ihre Sparpfennige wanderten getreulich nach Hause.

Obgleich alle sie gern hatten, weil sie immer lustig und liebenswürdig war, und auch weil ein gar niedliches Gesicht sie hübsch machte, hatte sie noch nie einen Verehrer gehabt. „Die ist zu eingebildet," sagten die Arbeiter, die ab und zu gingen im Herrschaftshause. „Du bist zu kalt", sagten die anderen Dienstmädchen. Und doch war das Weib in ihr lebendig. Sie sehnte sich von ganzem Herzen nach einem Menschen, den sie liebhaben möchte. In stillen Nächten raufte sie sich ihr Haar und rang die Hände, wenn ihr das heiße Blut so gar keine Ruhe gönnen wollte. Sie verließ ihren Dienst und ging in die Fabrik. Frei wollte sie sein! Sie wollte Gelegenheit haben, einen Menschen kennenzulernen, der sie lieb hat. Sie beneidete die Fabrikmädels, von denen jede ihren Schatz hatte. Sogar die erweckten ihren Neid, deren Zustand ihre baldige Mutterschaft verriet. Aber sie blieb allein, es fand sich keiner, der sie liebhaben wollte. Ihr Blut ging heiß durch die Adern. Sie fragte ihr Spiegelbild, wie das möglich sei, daß keiner zu ihr kam. Nachts biß sie in ihr Kopfkissen, um nicht aufzuschreien wie ein brünstiges Tier. Sonntags ging sie auf den Tanzsaal, lachte jeden an, der sie anlachte, aber nur selten wurde sie zum Tanz geholt. Oder wenn einer sie beim Tanzen an sich drückte, zog sie die Stirn kraus und sprach nicht wieder mit ihm. Wenn einer sie nach Hause begleitete und sie küssen wollte, wehrte sie sich mit ganzer Kraft. Sie ließ sich nicht küssen, und doch schrie ihr Körper nach ihm, und sie wünschte, er möchte ganz brutal werden.

So vergingen die Jahre. Sie war nun fünfundzwanzig alt; ihr Blut ging heiß wie früher, aber sie hatte es aufgegeben, einen Schatz zu haben. Sie war ernst und still, niemand hörte sie mehr wie früher singen. Feine Fältchen bildeten sich um Augen und Mundwinkel. Ihre Gesichtshaut wurde fahl und die Brust welk und schlaff. Da lernte sie einen Mann kennen, gelegentlich einmal auf der Straße, und sie erwachte zu neuem Leben! Er war schön und jung. Sie wußte, daß er sie nie heiraten würde; und doch liebte sie ihn mit der ganzen Zärtlichkeit ihrer Seele. Auch er liebte sie, er küßte ihre Hände, ihren Mund und nannte sie seine Heilige. Er behandelte sie wie eine Heilige, er begehrte sie nie ganz. Wenn in seligen Stunden des Beisammenseins die Sinnlichkeit in ihm erwachte, verließ er sie. „Du sollst rein bleiben für den, der dich heiratet; ich kann dich nicht heiraten!" sagte er. Sie war ihm dankbar für diese Rücksicht, und doch schrie ihr Körper nach dem Manne. Ein Jahr ertrug sie das Beisammensein mit ihm. Dann wurde sie unfreundlich.

Er zerbrach sich den Kopf über die Veränderung und versuchte, sie mit kleinen Geschenken aufzuheitern. Eines Tages fragte er sie nach dem Grunde. Da schrie sie ihm ins Gesicht: „Du brauchst nicht wiederzukommen, ich hasse dich". Er kam nicht wieder. Die Mutter forschte neugierig nach dem Grunde des plötzlichen Bruches. Da sagte sie tonlos, und ein Schluchzen schüttelte ihren Körper: „Ich konnte nicht mehr, er läßt mich verhungern."

Nach dem Bruch wurde sie noch stiller und mied die Menschen, die flüsterten hinter ihr her: „Eine richtige alte Jungfer; dabei ist sie noch jung! Die hat sich den Reichen eingebildet, der hat sie aber fein sitzen lassen, als er sie genügend ausgenützt hatte.

Aus der sozialistischen Frauen- und Modenzeitung

„Die Schaffende Frau"

Figur 38

Figur 150

Figur 38. Praktisches Mädchenkleid für das Alter von 4—6 Jahren. (Heft und Schnittmusterbogen Nr. 15. Mk. 2.80).

Figur 150. Anzug für kleine Jungen für das Alter von 7—9 Jahren (Heft und Schnittmusterbogen Nr. 19. Mk. 2.80).

Figur 136. Hängerkleid für kleine Mädchen von 2—4 Jahren (Heft und Schnittmusterbogen Nr. 12. Mk. 2.80).

Figur 136

„Die Schaffende Frau"

ist die Frauenzeitschrift für Proletarierfrauen. Viele derselben halten immer noch bürgerliche Frauen- und Modenzeitungen, ohne zu bedenken, daß sie damit nicht nur dem bürgerlichen Modeunfug Rechnung tragen, sondern auch der systematischen geistigen Beeinflussung der Gegner und Ausbeuter der Arbeiterklasse ausgeliefert sind.

Die Schaffende Frau gehört in das Haus jeder tätigen, auf das Wohl ihrer Familie bedachten Arbeiterfrau.

Sie erscheint monatlich einmal 20 Seiten stark und enthält außer dem Modenteil, der nur Gesundes und Vernünftiges auf diesem Gebiete bringt, Abhandlungen über Kindererziehung, Frauenfragen, Einführung in sozialistische Fragen und alles Sonstige, was die Frau wissen muß.

Bezugspreis pro Quartal (13 Nummern) Ausgabe A ohne Schnittmusterbogen 4,80 Mk. und 45 Pfg. Porto. Ausgabe B mit Schnittmusterbogen 7,80 Mk. und 60 Pfg. Porto. Bei Einsendung dieses Betrages an untenstehende Adresse erfolgt Sendung der Nrn. 19, 20 und 21 (April, Mai und Juni 1921) sofort nach Erscheinen unter Kreuzband. Probenummern gegen Einsendung von 1,60 Mk. und 15 Pfg. Porto für Ausgabe A, 2,50 Mk. und 30 Pfg. Porto für Ausgabe B. Man zahle den Betrag auf Zahlkarte ein und adressiere: Verlag Die Schaffende Frau, Dresden-A., Konto 496 beim Postscheckamt Dresden.

Bestellungen können auch auf jeder Postanstalt bewirkt werden. Die Schaffende Frau ist auch in den meisten Parteibuchhandlungen zu haben bezw. durch Vermittlung der Parteizeitungen zu beziehen.

Verlag „Die Schaffende Frau"
(Genossenschafts-Druckerei Groß-Dresden, e. G. m. b. H.)
Dresden-A., Kleine Plauensche Gasse 40.

Die Polizeiverordnung gegen den unmoralischen Hahn

Die folgende lustige Geschichte ist sehr lehrreich. Sie zeigt, wie weit die Prüderie und die Heuchelei in sexuellen Fragen es bringen können. Dieses Vorkommnis ist nicht leicht zu nehmen, sondern es hat eine sehr ernste Kehrseite, denn es trägt in sich eine tiefe Verkommenheit, die das Natürliche nicht mehr begreift.

In einer Berliner Vorortgemeinde hat eine polizeiliche Verfügung des Gemeindevorstehers ungeheure Heiterkeit, aber auch viel Kopfschütteln hervorgerufen. Eine Witwe ist Besitzerin eines Grundstückes, das mit seinem Garten an den Hof des Schulgrundstückes grenzt. Die Frau hat sich nun einen Stall bauen lassen, der zwei Ponys, einige Enten, ein Schwein und mehrere Hühner mit einem Hahn beherbergt. Dieser Hahn hat es nun dem Schuldirektor angetan. Der Direktor fertigte eine geharnischte Beschwerde über das schändliche Treiben des Hahnes und sandte sie an den Gemeindevorsteher des Ortes. In der Beschwerde sagte der Schulvorsteher, daß der Unterricht durch das Verhalten des Tieres gestört würde und schreibt dann, daß auch der ständige Anblick der unästhetischen sexuellen Neigungen des Federviehes die Moral der Schüler ungünstig beeinflußt. Der Vorsteher setzte sich sofort hin und erließ eine Polizeiverfügung an die Frau, daß sie innerhalb dreier Tage bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln Vorkehrungen zu treffen habe, die die Uebelstände abstellen. Die Frau lehnte es klugerweise ab, mit dem Hahn wegen seines Benehmens Rücksprache zu nehmen, sondern legte beim Bezirksausschuß des Kreises Teltow Beschwerde ein und beantragte, die polizeiliche Verfügung des Amtsvorstehers aufzuheben. Der Rechtsanwalt der Frau beantragte in der letzten Sitzung des Kreisausschusses, die sich mit dem Benehmen des Hahnes zu beschäftigen hatte, unter großer Heiterkeit der Zuhörer eine Inaugenscheinnahme der Zustände auf dem Hühnerhofe unter Hinzuziehung des beleidigten Schulvorstehers, dem nachgewiesen würde, daß kein gesunder Mensch über das Leben und Treiben des Hühnervolkes sich sittlich entrüsten könne. Der Kreisausschuß kam dem Antrage des Anwaltes nicht nach, sondern erklärte die polizeiliche Verfügung des Amtsvorstehers ohne weiteres für ungültig.

So geschehen in Deutschland, dem Lande der Denker und Dichter.

Kindermädchen

Ein Kind wollte Kindermädchen werden, um Geld zu verdienen. — Welch unkindliche Vorstellung bei einem 14jährigen Mädchen. Wäre das Kind richtig erzogen worden, dann würde es wohl etwas anderes gesagt haben, nämlich ungefähr folgendes: „Ich werde mit 14 Jahren aus der Schule heraus müssen und werde gezwungen sein, Geld zu verdienen. Das ist nicht schön, denn ich möchte lieber noch ein Kind sein, und wenn ich erst im Beruf stecke, muß ich sein wie große Leute; darum möchte ich am liebsten Kindermädchen werden.

Ich denke, das wird sein wie zu Hause, ich werde mit den Kindern spielen wie mit meinen kleinen Geschwistern und werde für sie sorgen können, und es wird mir Freude machen, sie sauber zu halten und vieles zu tun, was die Kinder schön macht. Ich werde dabei auch lernen, aber ich werde alles lernen, ungefähr wie ich es bei meiner Mutter zu Hause lerne und werde auch zeigen können, daß ich bereits etwas kann. Deshalb möchte ich am liebsten Kindermädchen werden."

Küchenrezepte

Ausprobierte Küchenrezepte für die Festzeit

Kartoffelragout mit Schweinefleisch. Für 4—6 Personen nimmt man ½ Pfund fettes Schweinefleisch, teilt es in so viel Teile ein, als Personen zu Tisch kommen und bratet die Fleischstücke hübsch braun in Fett. Viel Fett ist nicht notwendig, wenn das Fleisch fett ist, dann gibt man ein oder zwei Eßlöffel Mehl bei und läßt dieses bräunlich werden. Ist dies geschehen, so wird unter fortwährendem Rühren reichlich Wasser zugegeben, dann 4—6 halbierte große Zwiebeln und reichlich geschälte Kartoffeln. Große Kartoffeln werden in Stücke geschnitten, kleinere nicht. Dazu noch ein Lorbeerblatt, Salz und Pfeffer nach Bedarf. Das Gericht muß etwa eine Stunde kochen, nämlich so lange, bis die Kartoffeln und das Fleisch gar sind. Es darf nicht zu dickbreiig werden. Man gebe also nach Bedarf Wasser nach.

Das gleiche Gericht schmeckt mit Hammelfleisch auch sehr gut.

Reis mit Speck. Gutes und schmackhaftes Abendgericht. Für 4—6 Personen 1—1½ Pfund Reis wird in Salzwasser gar gekocht, und zwar so, daß man einen Brei bekommt. Dann wird ¼ bis ½ Pfund Speck in Würfel geschnitten und in der Bratpfanne ausgelassen. Dieser ausgelassene Speck wird mitsamt den gebräunten Speckwürfelchen zwischen die Reismasse gerührt und dann aufgetragen.

* * *

Einen einfachen Schaumpudding kann man aus ¼ Liter Fruchtsaft, ¼ Liter Wasser, Zucker nach Geschmack und zehn Blatt halb weißer, halb roter Gelatine herstellen. Diese Zutaten mischt man miteinander und erhitzt sie. Dann schüttet man sie in eine genügend große Schüssel, in der man sie ununterbrochen mit der Schaumrute schlägt, bis man einen steifen Schaum hat. Er wird in eine Glasschale gefüllt und kann beim Anrichten mit kleinen Apfelsinenstückchen, die vorher eingezuckert werden, belegt werden.

Der Kongreß der J. L. P. in Southport

Von Georg Ledebour.

Um die Ergebnisse des jüngsten Kongresses der Unabhängigen Arbeiterpartei richtig würdigen zu können, muß man ihn als eine Etappe in dem sozialistischen Entwicklungsprozeß betrachten, der auch in England durch den Weltkrieg und seine revolutionierenden Nachwirkungen rapide beschleunigt wurde. Die Notwendigkeit einer solchen Betrachtung der sozialistischen Bewegung hatten wir auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien ganz allgemein in dem Satze ausgeprägt:

„Jede Arbeiterpartei ist ein entwicklungsfähiger Organismus, der als Ganzes und in seinen einzelnen Gliedern unter der Einwirkung geschichtlicher Erfahrungen frühere Irrtümer zu überwinden vermag."

In diesem Satze tritt der fundamentale Auffassungsunterschied zutage, der uns in der Behandlung anderer Parteien oder divergierender Parteirichtungen von der von Moskau aus dirigierten kommunistischen Internationale trennt. Die Moskauer glauben der Erkämpfung einer sozialistischen Weltgemeinschaft durch das klassenbewußte Proletariat am besten dadurch zu dienen, daß sie die angeschlossenen Parteien einer zentralistischen Diktatur unterwerfen und alle Parteien aus ihrer Gemeinschaft ausschließen, die sich nicht bedingungslos den Geboten der Zentrale fügen, wie ja dann wiederum innerhalb der Einzelparteien selbst ein Massenausschluß solche Genossen abzustoßen hat, die nicht völlig in die Moskauer Schablone hineinpassen. Nach unserer Ueberzeugung entspricht diese Methode nicht den Entwicklungsgesetzen eines lebendigen Organismus, sondern zwingt den Parteien einen demagogischen Sektencharakter auf, der trotz des aufgepeitschten Fanatismus die unterworfenen Organisationen einem unaufhaltsamen Verkümmerungsprozeß preisgibt.

Mit der vollen Einheitlichkeit des großen revolutionären Zieles, das wir erstreben, glauben wir doch den unserer Internationalen Gemeinschaft angegliederten Parteien ein weit höheres Maß von Freiheit in der Auswahl des Weges dahin gewährleisten zu können. Die Geschichte hat dem Proletariat in den vorgeschritteneren Kulturländern Europas und der Neuen Welt andere Entwicklungsgänge aufgezwungen und dementsprechend auch bei ihnen andere Auffassungen erzeugt, als in Rußland. Aber selbst zwischen Deutschland einerseits und Großbritannien andererseits bestehen starke Unterschiede dieser Art, die das Proletariat beider Länder auf verschiedene Wege in seinem Emanzipationskampf gedrängt haben, obgleich nicht zu verkennen ist, daß im weiteren Verlauf diese Bewegungen immer wesensgleicher werden und ihre Wege schließlich in gemeinsame Bahnen ausmünden müssen.

Vor Ausbruch des Krieges war die J. L. P. wesentlich auf eine reformistische Taktik hin orientiert. Auf Grund der vielhundertjährigen Tradition parlamentarischer Regierungsweise war auch die Arbeiterschaft in ihren vorgeschrittensten Teilen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß durch schrittweise Verbesserungen allmählich die gesamten Staats- und Gesellschaftseinrichtungen nach demokratischen Methoden langsam zwar, aber sicher bis zur Verwirklichung sozialistischer Ideale umgebaut werden könnten. Der Weltkrieg brachte selbst in England diesen Glauben ins Wanken. Die Vertreter der J. L. P. im Parlament wurden durch ihre pazifistischen und antimilitaristischen Auffassungen in die schärfste Opposition gegen die Regierung und die gesamten von der Kriegsfurie aufgepeitschten bürgerlichen Vertreter hineingetrieben. Die Genossen im Lande, die das Treiben der Jingos, wie dort die imperialistischen Kriegshetzer genannt werden, bekämpften, waren während der Kriegszeit ebensolchen Verfolgungen ausgesetzt, wie die Unabhängigen in Deutschland. Besonders die „conscientious objectors", die Leute, die aus Gewissensbedenken den Kriegsdienst verweigerten, wurden jahrelang ins Gefängnis gesperrt; es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, Mißhandlungen der revolutionären Sozialisten waren an der Tagesordnung. Alles das wirkte aufrüttelnd und aufklärend. Bei den Friedensverhandlungen erhob die J. L. P. schärfsten Widerspruch gegen die imperialistische Forderung der Entente und lehnte den Vertrag von Versailles ab aus den nämlichen Gründen, aus denen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands den Friedensvertrag von Brest-Litowsk verwarfen. Der Entwicklungsgang der J. L. P. ähnelt demnach vielfach dem der U. S. P. D., obgleich revolutionäre Erhebungen, wie sie der militaristische Zusammenbruch in Deutschland herbeiführte, dort bisher noch nicht die Ausreifung zu einer ausgesprochenen revolutionären Partei haben.

Neben und innerhalb der J. L. P. machten sich aber nun ebenfalls auch kommunistische Bestrebungen geltend. Zur Auseinandersetzung mit ihnen ist es auf dem Parteitag in Southport gekommen, doch brachte sie, wie vorauszusehen war, den Kommunisten bei weitem nicht solche Erfolge wie in Deutschland, Frankreich und Italien. Die Debatten waren zwar lebhaft, nahmen aber niemals einen besonders leidenschaftlichen Charakter an. Es läßt sich auch nicht behaupten, daß die Wortführer des Anschlusses an die sogenannte Dritte Internationale auf Grund der bekannten 21 Moskauer Bedingungen einen bedeutenden Eindruck machten. Die Gegner des Anschlusses waren ihnen in der Vorführung sachlicher Gründe eben so überlegen wie in der Form ihrer Polemik.

Es darf indes nicht unerwähnt bleiben, daß die Gegner des Anschlusses an Moskau untereinander keineswegs völlig übereinstimmten. Einige der älteren parlamentarischen Führer wie Ramsey Macdonald und Philipp Snowden halten eine eigentlich revolutionäre Entwicklung in England für ausgeschlossen. Sie glauben auch heute noch, daß der Sozialismus mit den Methoden des demokratischen Parlamentarismus sein Ziel erreichen kann. Eine jüngere Generation von Politikern ist durch die Kriegserfahrungen indes zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch in England die Arbeiterbewegung sich auf die Abwehr einer reaktionären Gewaltpolitik und damit schließlich auf revolutionäre Kämpfe gefaßt machen muß. Auch sie lehnen jedoch die putschistischen Methoden nach Moskauer Rezept grundsätzlich ab. Zu ernstlichen Auseinandersetzungen zwischen der reformistischeren und der revolutionäreren Richtung ist es indes nicht gekommen, wenigstens nicht bei der Stellungnahme zur kommunistischen Internationale, die von der reformistischeren, wie von der revolutionäreren Richtung gemeinsam abgelehnt wurde.

Zum Verständnis der Abstimmungszahlen ist zu bemerken, daß die Delegierten auf dem Kongreß je nach der Stärke der von ihnen vertretenen Organisationen unter Umständen mehr als eine Stimme, und zwar bis zu 5 Stimmen abgeben können. Es wird durch Erhebung von Karten abgestimmt; die Karten werden dann durch die Zähler gezählt. So wurde bei etwa 330 Delegierten eine Resolution, die sich für den Anschluß an die Moskauer Internationale aussprach, mit 521 gegen 97 Stimmen verworfen. Die genaue Stimmenberechnung hat ergeben, daß die 97 befürwortenden Stimmen 4830 organisierte Genossen, die 521 ablehnenden Stimmen 26 050 vertraten. Das Verhältnis war also etwa wie 5 : 1 gegen den Beschluß an die Moskauer Internationale.

Nach der Abstimmung haben sich dann die Befürworter des Anschlusses an Moskau in einer Sonderbesprechung mit Mehrheit für den Austritt aus der J. L. P. und den Anschluß an die kommunistische Partei entschieden. Aber nicht einmal alle Befürworter des Anschlusses wollen den Austritt mitmachen; und nach neueren Nachrichten ist zu entnehmen, daß der Uebertritt zur kommunistischen Partei, in der bisher nur etwa 7000 Personen organisiert waren, diese um kaum mehr als 1000 verstärken wird.

Zum zweiten Mal kamen die internationalen Beziehungen zur Erörterung, als es sich um den Beschluß handelte, ob die J. L. P. sich der in Wien begründeten Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft anschließen solle. Die Parteileitung hatte einen solchen Beschluß vorgelegt. An der Behandlung dieser Frage nahmen die Anhänger der Moskauer Internationale überhaupt nicht mehr teil. Der Widerspruch gegen den Anschluß ging also nicht von ihnen, sondern von solchen Elementen aus, die, bei einer rein reformistischen Auffassung verharrend, die in den Resolutionen der Arbeitsgemeinschaft ausgedrückte Anerkennung des revolutionären Charakters der proletarischen Emanzipationsbewegung nicht zustimmen wollten. Die Resolution der Parteileitung für den Anschluß an die J. S. A. wurde schließlich mit 262 gegen 32 Stimmen angenommen. Es verdient indes hervorgehoben zu werden, daß selbst Ramsay Macdonald, der Hauptvertreter der reformistischen Auffassung, gegen den Anschluß an die J. S. A. nichts einzuwenden hatte, trotzdem er mit dieser Stellungnahme seine eigene Zugehörigkeit zu der sogenannten zweiten Internationale glaubt vereinbaren zu können.

Dieses sonderbare Verhalten, das auf dem Kongreß selbst noch zu einer Auseinandersetzung geführt hat, bedarf, um den Vorgang unseren Genossen begreiflich zu machen, einer näheren Erörterung. Macdonald war nach dem Tode Keir Hardies der Führer der J. L. P. im Unterhause und spielte gleichzeitig auch in der Labour Party eine maßgebende Rolle. Die Labour Party (Arbeiterpartei) ist die eigenartige, nur aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung in England erklärliche Föderation von Gewerkschaften und sozialistischen Parteigruppen zur Betreibung gemeinsamer Kandidaturen für das Parlament. Die Arbeitsvertreter bilden im Parlament eine Partei, innerhalb deren die J. L. P. eine selbständige Politik verfolgen. Dieser Zustand hat im wachsenden Maße zu Unzuträglichkeiten geführt, besonders seitdem die J. L. P. aus der Zweiten Internationale ausgeschieden ist, während die Labour Party als Ganzes ihr noch angehört. Macdonald erläuterte seine Beziehungen zur Zweiten Internationale nun dahin, daß er nicht, wie angenommen werde, angestellter Sekretär der Zweiten Internationale sei, er sei vielmehr von der Labour Party angestellt als Sekretär einer Kommission, die den Auftrag habe, den Wiederaufbau der Internationale zu betreiben. Von den Genossen Dollan und Shinwell wurde ihm indes bedeutet, daß das eine unangenehm doppeldeutige Stellung sei, und daß er jedenfalls besser tun würde, sie so bald wie möglich aufzugeben, um so mehr, da er zum Mitgliede der Parteileitung der J. L. P. gewählt worden war.

Die Wahlen für die Parteileitung werden schon bei Beginn des Kongresses vorgenommen, da sie eigentlich nur Ratifizierungen der Vorwahlen in den Distrikten sind. Die Delegierten kommen mit Aufträgen für bestimmte Kandidaten auf den Kongreß. Der Vorstand besteht aus sechs Mitgliedern der engeren Zentrale und acht Vertretern der Bezirke. Zum Vorsitzenden war wieder Wallhead gewählt, zum Kassierer Snowden. Unter den übrigen Mitgliedern befinden sich außer Macdonald alle diejenigen Genossen, die die J. L. P. auf den Internationalen Konferenzen in Innsbruck, Wien und Amsterdam vertreten hatten.

Was die sonstigen Auseinandersetzungen auf dem Kongreß betrifft, so lassen sie an oppositioneller Energie gegenüber der Regierung Lloyd Georges nichts zu wünschen übrig. Das trat besonders zutage in der eingehenden Erörterungsrede des Vorsitzenden Wallhead, der die gegenwärtige Ententepolitik auf das schärfste mißbilligte. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß der Imperialismus der britischen Regierung für das britische Reich ebenso verderblich sich erweisen würde, wie der der deutschen Regierung für Deutschland. Die einzige Hoffnung für die Herstellung des Weltfriedens liege im Siege des Sozialismus. Die J. L. P. habe da eine große historische Aufgabe zu erfüllen, indem sie in England dem Sozialismus Bahn breche und im Bunde mit den ihr verbundenen Parteien der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft die weltumspannende Internationale der Zukunft vorbereite.

Von solchem Geist waren die Verhandlungen des Kongresses durchweg erfüllt. Er erweckt die berechtigte Hoffnung, daß er der J. L. P. nicht nur, sondern der gesamten Arbeiterbewegung in England sich in hohem Maße förderlich erweisen wird.

Erhöhung der Postgebühren in England. Der General-Postmeister teilte im Unterhause mit, daß vom 13. Juni ab die Postgebühren erhöht werden, und zwar für Postkarten (Inland und Ausland) von ein auf eineinhalb Pence und für Auslandsbriefe von zweieinhalb auf drei Pence.

Aus der Wirtschaft

Commerz- und Privatbank

Die Commerz- und Privatbank berichtet über ein sehr günstiges Jahres-Geschäftsergebnis. Nach einem Lamento über die gestiegenen Handlungsunkosten und Steuern teilt sie mit, daß sich bei einem Aktienkapital von 200 Millionen Mark nach den Abschreibungen und trotz versteckter Gewinne ein Ueberschuß von fast 67 Millionen Mark, also 33⅓ Prozent des Aktienkapitals ergab. Dieser Ueberschuß soll wie folgt verteilt werden:

4 % auf das Aktienkapital von M. 200 000 000.—	M.	8 000 000.—
Rückstellung für Talonsteuer	„	400 000.—
in den Reservefonds II	„	20 000 000.—
in den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	„	2 000 000.—
Gewinnanteil an den Aufsichtsrat	„	2 229 344.04
Gewinnanteil an den Vorstand	„	2 032 047.12
Gewinnanteile und Gratifikationen an die stellv. Direktoren, Filialdirektoren, Prokuristen und Beamten	„	15 800 000.—
8 % weitere Dividende	„	16 000 000.—
Vortrag	„	336 562.—
	M.	66 797 953.16

Da der Aufsichtsrat und das ohnehin mit Riesengehältern bezahlte Direktorium nur aus wenigen Köpfen bestehen, entfällt auf jeden noch eine ansehnliche Tantieme. Für das Gros der Beamten, die Bank beschäftigt 8000 Angestellte, bleibt sehr wenig übrig. Angesichts solcher Ueberschüsse erscheint das ablehnende Verhalten der Banken gegen die Lohnansprüche ihrer Angestellten erst im richtigen Lichte.

„Gewissenlose Elemente"

Reichsschatzminister a. D. Gothein schreibt im „Berliner Tageblatt" vom 24. Mai u. a.:

„Nun ist England zum Hochschutzzoll übergegangen und will 33⅓ Prozent vom Wert seiner Einfuhr aus Deutschland weiter als Zoll erheben. Angenommen, diese Ausfuhr betrüge 300 Millionen Goldmark im Jahr, so würde der Zoll 100 Millionen Goldmark betragen, die auf die deutschen Jahresleistungen zu verrechnen wären. Für uns bringt der Zahlungsplan dabei die äußerst ungünstige Bestimmung, daß der englische Wertzoll dem deutschen Exporteur von der deutschen Regierung zurückzuvergüten ist. Darin liegt die Gefahr, daß ein gewissenloser deutscher Exporteur mit dem englischen Importeur verabredet, den Preis der Ware weit höher zu normieren, als er der Wirklichkeit entspricht; beide teilen sich dann in den Ueberpreis bzw. in den dem deutschen Exporteur zu vergütenden englischen Zoll von einem Drittel des Werts der Ausfuhrware."

Gothein rechnet dies an einem Beispiele aus und fährt dann fort:

„In England scheint man sich diese Konsequenzen nicht klargemacht zu haben, andernfalls man unmöglich solch eine gefährliche, den eigenen Plänen zuwiderlaufende Zwangsbestimmung vorgeschrieben hätte. Wie sich aber Deutschland gegen deren Mißbrauch durch gewissenlose Elemente schützen soll, ist nicht ersichtlich. Man wird sich vielleicht genötigt sehen, den Export nach England der sorgfältigsten Kontrolle der Preisprüfungsstellen zu unterwerfen, die dann freilich darauf zu achten hätten, daß die Preise nicht zu hoch wären."

Gothein hat Jahrzehnte hindurch den verschiedensten Organisationen der Unternehmer als Geschäftsführer gedient; er kennt sie also genau und weiß, was von ihnen zu erwarten ist.

Gute Aussichten

Die Ammendorfer Papierfabrik in Ammendorf bei Halle teilt mit: Die diesjährige Produktion erfuhr gegen die des Vorjahres eine Erhöhung, und es gelang, sie schnell abzusetzen, so daß mit einem annähernd gleichen Ergebnis wie im letzten Geschäftsjahr zu rechnen sein dürfte. Für 1919/20 wurden 40 Prozent Dividende und 20 Prozent Bonus auf 3 900 000 Aktienkapital verteilt.

„Verbraucherkammern"

Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe hat auf eine Beschwerde der Vereinigung niedersächsischer Handelskammern einen Vorstoß gegen die durch Initiative des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allenthalben ins Leben getretenen Verbraucherkammern unternommen. Zwar konnte der Minister eine rechtliche Handhabe zum Verbot der „Verbraucherkammern" nicht finden, aber in dem ministeriellen Bescheide wird der Name „Kammer" als der in der Gesetzessprache übliche Ausdruck einerseits für richterliche Kollegien und andererseits für öffentlich-rechtliche Interessen- und Standesvertretungen, „immer aber für Organe, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen" bezeichnet und dann hinzugesetzt: „Infolge dieses Sprachgebrauchs ist eine Bezeichnung, wie die der „Verbraucherkammern", geeignet, bei der Bevölkerung irrige Vorstellung zu erwecken, und deshalb durchaus unerwünscht; sie ist jedoch nicht rechtlich unzulässig." Die „Kolonialwaren-Zeitung" bemerkt dazu: „Nach dieser Auskunft des Ministers würde im geschäftlichen Verkehr eine derartige irreführende Benennung als unlauterer Wettbewerb bezeichnet werden müssen." Heinrich Kaufmann, vom Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, hat als Mitglied des Reichswirtschaftsrats Veranlassung genommen, an das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe eine Eingabe zu richten, in der es u. a. heißt, daß in Hamburg die Kammer der Vereinigungen nichtgewerblicher Verbraucher durch Gesetz vom 9. Juli 1920 anerkannt worden ist und ihr eine Stellung eingeräumt worden ist, die sie der Handelskammer, der Detaillistenkammer und der Gewerbekammer als gleichberechtigt nebenordnet. Alsdann wird der Minister gebeten, den Bescheid an die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern zu rektifizieren.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo [illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhard Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerinet, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

TOURISTEN-KLEIDUNG

Sportanzug aus wetterfestem Loden in verschiedenen Farben, einfarbig und gestreift . . . M. 300.- 425.-
Sportanzug dreiteilig mit Breeches oder langer Hose, nach den neuesten Modellen, kariert u. gestreift M. 530.-, 725.- 600.-
Sportanzug aus bestem grauem, braunem oder grünem Manchester mit Breecheshosen . . . M. 650.-
Gummimäntel und imprägnierte Mäntel in nur guten Qualitäten . . . M. 520.-, 450.-, 345.- 275.-
Gabardinemäntel aus besten reinwollenen Stoffen, Raglan- und Schlüpferform . . . M. 900.- 790.-
Bozener Mantel f. Damen u. Herren aus wasserdichtem Strichloden, mod. verarb., M. 400.-, 320.-, 300.- 250.-
Pelerinen für Damen und Herren aus leichtem oder schwerem Strichloden in nur guten Qual. M. 280.-, 230.-, 225.- 180.-
Lodenjoppen glatt oder mit Falten, nur aus besten und guten Stoffen . . . M. 225.-, 175.-, 150.- 125.-
Sporthosen einfach. Art od. i. Breechesform aus Loden, Manchest. od. gemust. Chev. u. Homespun M. 225.-, 200.-, 175.- 150.-
Ruderjackets aus festem, blauem Stoff, ganz gefüttert, vorzügl. Ware . . . M. 300.-
Tennishosen in glatt und gestreift, aus Köperstoffen oder reinwollenem Flanell . . . M. 200.-, 225.-, 195.- 135.-
Pelerinen für Knaben und Mädchen aus gutem Strichloden, anfangend mit . . . M. 95.-
Bozener Mäntel für Knaben u. Mädchen, geschmackv. verarb., aus wasserdicht. Loden, anfang. mit M 135.-
Knaben-Anzüge für die Reise, aus festen Stoffen jed. Art, in mannigfalt. Ausführung, anfangend mit M 68.-

Filz-, Stroh- u. Stepphüte, Sporthemden, Stutzen, Rucksäcke, Unterwäsche sehr billig!

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

BaerSohn nur Chausseestrasse 29-30

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Möbel
Aussergewöhnlich billiges Angebot
Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Polstermöbel.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Stolzmann Belle Alliancestr. 100

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Kolonie Zeesen,
wenige Minuten vom See, landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkaufe Landparzellen von 1800 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigsten Zahlungsbedingungen. Vertreterbesuch kostenlos.
W. Koschatzky, Berlin C 54, Rosenthaler Str. 39
9—4. Teleph.: Norden 5007.

Pistolen
kauft zu höchsten Preisen
Kirstein, Linienstr. 50

Altmetalle
Quecksilber u. Zinn kauft laufend
Lothringer Str. 48, Hof

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig Borsigstraße 1

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken f. Wiederverkäuf.
Dessen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Strindberg
Ausgewählte Romane
1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen
5 Bände 72 Mk. Gebunden
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Speditionen

BOTENFRAUEN
stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit"
Breite Straße 8-9